



Niederschrift

30. Plenarsitzung des Gemeinderates
9. November 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 2 der Tagesordnung: Haushaltsreden des Gemeinderates zum Doppelhaushalt 2022/2023

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und erteilt zunächst Frau Stadträtin Fahringer das Wort.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE), vom Rednerpult sprechend: Klimaschutz, Klimaschutz, Klimaschutz – das war meine Motivation, warum ich für den Gemeinderat kandidiert habe, und jetzt darf ich hier stehen und für die GRÜNEN einen Ausblick auf die kommenden Haushaltsdebatten geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, liebe Kolleg*innen!

2019 war eine Klimawahl. Mit dem Motto „Für Klimaschutz und Zusammenhalt“ sind wir stärkste Fraktion jetzt hier im Karlsruher Gemeinderat, mit sechs Stimmen mehr als die zweitstärkste. Das, liebe Karlsruher*innen ist keine Mehrheit, aber das sind 30 Prozent der Stimmen. Die haben wir GRÜNE auch bei den letzten Landtagswahlen bekommen und auch bei den diesjährigen Bundestagswahlen als Zuspruch erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema des Erhalts unserer natürlichen Ressourcen, des Erhalts unseres Lebensumfelds als Spezies Mensch, ist bei vielen angekommen. Mich hat der Zwischenreport des Weltklimarats im Spätsommer 2018 motiviert, meine Stimme lauter zu erheben und mich kommunalpolitisch zu engagieren. Mittlerweile liegen mehrere Reports von diesem Expert*innengremium vor. Sie führen uns drastisch vor Augen, dass die von der EU, von Bund und Land geplanten Maßnahmen im Bereich Klimaschutz bei weitem nicht ausreichen werden, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat uns im Frühjahr 2021 auferlegt, dass wir jetzt handeln müssen. Es hat betont: Wir dürfen die Folgen der Klimakrise nicht den kommenden Generationen aufbürden.

Daher, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin: Auch und vor allem in Bezug auf das Klima ist es fünf nach zwölf! Und gerade in Bezug auf den Erhalt unserer natürlichen Ressourcen im Bereich Umwelt- und Naturschutz, müssen wir Generationengerechtigkeit konsequent einhalten. Die Folgen der Klimakrise treffen nicht nur die Menschen in fernen Ländern, sondern sie betreffen auch uns hier konkret, die Bürger*innen vor Ort in Karlsruhe. Der Wald droht in manchen Sommern zu vertrocknen, an so manchem Hitzetag ist es in der Innenstadt kaum auszuhalten. Ja, einiges haben wir mit Ihnen gemeinsam in den letzten zwei Jahren bereits erreicht: Das Klimaschutzkonzept ist mit breiter Mehrheit beschlossen und auch betreffend finanzieller Ausstattung sind wir auf einem sehr guten Weg. Das reicht noch nicht! Wir müssen einen weiteren Zahn, wenn nicht sogar mehrere Zähne zulegen und als wohlhabende Stadt und trotz der finanziellen Lage unserer Verantwortung nachkommen.

Zum Umsetzen aller bisher im Klimaschutzkonzept vorgesehenen Maßnahmen werden wir mindestens 40 bis 50 Millionen Euro brauchen, und das jährlich. Und das sind jeweils nur die klimaschutzrelevanten Anteile an den Maßnahmen, die vorangebracht werden müssen. Gesamt schätzen wir das Volumen der notwendigen städtischen Investitionen allein im Gebäudebereich auf rund 160 Millionen Euro jährlich, also rund ein Verdoppeln der aktuellen Mittel für den Bereich. Warum? Wir sanieren ja eine Schule nicht nur energetisch, also vielleicht das Dämmen der Fassade und Erneuern der Heizanlage, aber lassen die Klassenzimmer ungestrichen und die Toiletten marode. Aktuell ist es so, dass städtische Gebäude nur dann energetisch und damit klimaschutz-relevant saniert werden, wenn an dem Gebäude eine vollständige Sanierung kostenkontrolliert geplant vorliegt. Nur Projekte, die im Detail geplant sind und deren Kosten schon im Detail vorliegen, finden also den Weg in den Haushalt. Und von diesen kostenkontrollierten Planungen gibt es aus unserer Sicht einfach viel zu wenige. Da hat sich in den letzten Jahren ein derartiger Berg angestaut, da kommen wir mit den aktuellen Stellen im Bereich Hochbau und Gebäudewirtschaft einfach nicht hinterher.

Aus grüner Sicht sind im vorliegenden Entwurf bereits ein paar wichtige Investitionsvorhaben enthalten. Doch was, wenn wir beispielsweise für die kommenden Haushalte neue Bundesförderungen im Bereich Klimaschutz und energetische Sanierungen bekommen würden, aber die Planungen noch nicht vorliegen? Dann würde es noch länger dauern, bis diese Projekte angegangen werden können. Wir GRÜNE wollen jetzt schon die Weichen stellen, damit wir im Falle eines möglichen und erforderlichen Mittelzuflusses schnell und gezielt handeln können. Deshalb fordern wir in beiden Jahren deutlich mehr Personal für das Erstellen von kostenkontrollierten Planungen, für die Vorbereitung der nächsten Jahre und die städtische Gebäudestrategie zur klimaneutralen Stadtverwaltung.

Bei der Gelegenheit möchte ich hervorheben: Mehrausgaben für den Klimaschutz sind Investitionen in eine lebenswerte Zukunft in unserer Stadt. Durch ein Mehr an Klimaschutz entstehen ja real existierende Werte und, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, Generationengerechtigkeit. Nicht umsonst ist die Jugend auf der Straße und fordert von uns radikalere Schritte. Es geht um die Zukunft von uns allen. Und ja, auch in Bezug auf die öffentlichen Schulden, die wir als Kommune anhäufen, müssen wir über Generationengerechtigkeit sprechen. Aber wie gerecht war die Entscheidung im Jahr 2002 für die Kombilösung? Heute knapp dreimal so teuer wie angekündigt, oder anders gesagt eine Milliarde teurer. Wie gerecht ist es, in eine Sanierung der Stadthalle Millionen um Millionen zuzuschießen? Oder, apropos brachliegendes Kongresszentrum in der Stadt: Oder wie gerecht ist es, eine städtische Messe außerhalb der städtischen Gemarkung zu betreiben, die jedes Jahr Millionen Besucherschaft benötigt? Immerhin tragen

der Autotunnel unter der Kriegsstraße und auch der U-Strab-Tunnel unter der Kaiserstraße dazu bei, dass künftig oberirdisch lieber zu Fuß gegangen wird.

Ich will Ihnen Ihr Auto nicht nehmen, als „Lande!“ verstehe ich das damit verbundene Freiheitsgefühl. Aber wir müssen in Punkto Verkehrsplanung endlich die Prioritäten auf Fußgänger*innen und Radfahrende verschieben und dem Autoverkehr nicht weiterhin alles andere unterordnen. Wir sind hier in einer Großstadt. Die nächste Bushaltestelle ist nicht weit. Als „Lande!“ ohne Bushaltestelle brauche ich ein Auto. Aber hier haben wir beispielsweise Stadtmobil. Stadtmobil hat eine Spitzenauswahl und ich kann für jede Gelegenheit das passende Fahrzeug aussuchen, ohne ein eigenes Auto besitzen zu müssen. Die Karlsruher Bürger*innen haben das auch schon verstanden und setzen es um. Denn nicht ohne Grund ist Stadtmobil der größte Anbieter beim stationsbasierten Carsharing in Deutschland. Eine Erfolgsgeschichte aus Karlsruhe, sowohl für das Unternehmen Stadtmobil als auch für die Bewohner*innen, ein Erfolgsmodell für die gerechtere Aufteilung des öffentlichen Raumes und des Stadtklimas.

Da wären wir beim Stichwort Stadtklima, also beim Mikroklima hier in der Stadt. Damit wir hier in Karlsruhe als Menschen weiterhin erträglich leben können, müssen wir auch die Ziele unserer kommunalen Klimaanpassungsstrategie beherzt umsetzen. Denn wie schon erläutert: Es wird heißer werden, und es wird trockener werden. Dazu gehört auch, dass wir das Biodiversitätskonzept nicht in der Schublade verschwinden lassen. Wir beantragen eine Pauschale für erste Maßnahmen daraus, wie beispielsweise einer Informationskampagne, dem Monitoring der Entwicklung und das Einbeziehen von bürgerschaftlichem Engagement in Sachen Vielfalt von Flora und Fauna.

Denn: Neben der Klimakrise und dem Vermüllen des Planeten ist der Rückgang der Artenvielfalt die größte Bedrohung für das Leben des Menschen hier. Allein deshalb müssen wir, wo immer möglich, die Biodiversität fördern, entsiegeln und begrünen. Wir freuen uns, dass auch die Stadtverwaltung auf Entsiegelung und ein Mehr an öffentlichem Grün setzt mit seinen Parklets oder Pocketparks. Ein größerer Park ist der Naturpark Schwarzwald: Wir sind stolz darauf, dass unsere schönen Höhenstadtteile mit ihrem ländlichen Ambiente jetzt dort Mitglied sind. Damit das aber nicht nur auf dem Papier so ist, braucht der Forst ein Budget für die nächsten Schritte wie beispielsweise das Kennzeichnen von Wegen und Pfaden. Die gute Nachricht dabei ist, dass es bei all diesen Maßnahmen eine super Kofinanzierung durch das Land gibt. Und darauf sollten wir nicht verzichten.

Für Klimaanpassung und Artenschutz ist das Gartenbauamt maßgeblich verantwortlich, Hand in Hand mit dem Umweltamt. Die Aufgaben in diesen Bereichen haben in den letzten Jahren ständig zugenommen, und wir erleben eine höhere Erwartungshaltung der Stadtgesellschaft in Bezug auf Unterhalt der Freiflächen, Pflege des Stadtgrüns und der Stadtbäume. Wir GRÜNE sehen deshalb schon heute erheblichen Handlungsbedarf, was Stellen im Gartenbauamt angeht. Unverzichtbar für uns ist ein Aufstocken in den Bereichen Pflege und Kontrolle von Bäumen, von Spielplätzen und von Grünflächen. Andernfalls müssten wir die Standards deutlich herunterfahren, marode Spielgeräte abbauen und eine Verschlechterung des städtischen Grüns in Kauf nehmen. Auch der Stadtbevölkerung sind diese Bereiche besonders wichtig. Das zeigen unzählige Rückmeldungen, Beschwerden und Forderungen der Bürger*innen.

Zu den Forderungen aus der Klimaanpassungsstrategie gehören auch Rasengleise bei Gleissanierungen. Schotterpisten heizen das Stadtklima auf. Rasengleise aber helfen dem Stadtklima. Weitere Vorteile von Grün statt Schotter sind der Lärmschutz, das Verschönern des Stadtbilds

und das Reduzieren von Hotspots, also besonders heißen Orten in der Stadt. Leider soll laut Haushaltsentwurf bei manchen Erneuerungsmaßnahmen auf Rasengleise verzichtet werden. Das ist für uns GRÜNE ein No-Go. Da werden wir entsprechende Mittel einfordern.

Beim Thema Verkehr möchten wir auch an anderen Stellen im Haushalt nachschärfen: Wir wissen, dass immer mehr Menschen das Fahrrad nutzen. Dabei kommt aber die Infrastruktur den Anforderungen nicht nach. Fahrradstraßen sind zugeparkt mit Autos, unübersichtliche Kreuzungen führen zu gefährlichem Chaos und der Radverkehr wird auf die Gehwege gedrängt. Vor allem das Falschparken von Autos auf Gehwegen und Radstreifen gilt bei Vereinen und Bürger*innen als großes Problem. Deshalb fordern wir zusätzliche Stellen für die Verkehrsüberwachung. Denn auch bei den jährlichen Berichten zu Sicherheit und Ordnung und im ADFC-Fahrradklima-Test wird das Falschparken von den Befragten regelmäßig als sehr störend genannt.

Positiv bewerten wir im vorliegenden Haushaltsentwurf die Investitionen in die Radrouten 12 und 17. Aber wieder wird das Ziel des alten Radverkehrskonzepts, nämlich zwei Routen pro Jahr fertigzustellen, nicht erreicht.

Doch bevor ich jetzt weitere Forderungen aufstelle, lassen Sie mich kurz auf den eingebrachten Haushalt als Ganzes eingehen. Lassen Sie mich den Vorschlag der Stadtverwaltung, wie wir in der aktuellen finanziellen Lage mit der Bugwelle an Schulden umgehen, die wir nun einige Jahre vor uns aufbauen werden, aus grüner Sicht bewerten. Die Frage ist zunächst: Wo kommt das strukturelle Defizit denn eigentlich her? An Corona alleine liegt es jedenfalls nicht. An den Mehrausgaben für das Klimaschutzkonzept? Da wäre dann immer noch fraglich, wo die weiteren Millionen herkommen. Ein paar Möglichkeiten hatte ich Ihnen schon genannt, Stichwort Großprojekte. Gesamt macht der Konzern Stadt im kommenden Jahr auf Basis der aktuellen Planungen nämlich ein Defizit von 75 Millionen Euro.

Eine grundsätzliche Herausforderung, um nicht zu sagen das Megaproblem bei der Sache, ist natürlich schon der ständige Aufgabenzuwachs auf der einen Seite und die mangelnde Finanzierung von Seiten Bund und Land auf der anderen Seite. Wir sind zuversichtlich, dass eine neue Bundesregierung mit grüner Beteiligung zukünftig die Interessen der Kommunen stärker berücksichtigt.

Aber zurück zu unserem Doppelhaushalt: Wir GRÜNE gehen die vorgeschlagenen Steuererhöhungen mit, auch das Einführen einer Verpackungssteuer unterstützen wir, ja diese bewerten wir als Lenkungssteuer im Sinne des Umweltschutzes sehr positiv. Bei der Grundsteuer wird es zwar auch Haus- und Wohnungseigentümer*innen und in geringem Umfang auch Mieter*innen treffen, die sonst nicht viel haben, aber bei den minimalen Beträgen, um die es hier für die einzelnen Menschen geht, können wir das noch mittragen. Unternehmen, die beispielsweise wegen Corona aktuell Verluste machen, sind von der Gewerbesteuer ohnehin nicht betroffen. Daher tragen wir auch die Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte mit.

Und ja, unser Minus wird nicht allein durch diese Steuererhöhungen saniert werden. Wir GRÜNE sind auch mit den weiteren Vorschlägen aus dem 10-Punkte-Plan grundsätzlich einverstanden, müssen wir wohl. Aber ein wesentlicher Teil der Haushaltssanierung sind die Auflösung von Reserven der städtischen Gesellschaften. Das ist nur einmalig möglich. Damit erkaufen wir uns Zeit, um anschließend strukturelle Einsparungen zu ergründen. Deshalb müssen wir als

nächsten, raschen Schritt gemeinsam der Diskussion um Standards und Aufgabenkritik in allen Bereichen angehen.

An dieser Stelle möchte ich klar machen, dass wir GRÜNE deutlich unterscheiden zwischen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge und wirklichen freiwilligen Leistungen. Denn auch bei den sogenannten freiwilligen Leistungen sind Leistungen enthalten, die aus unserer Sicht dem Grunde nach verpflichtende Aufgaben der Kommune sind. Stichworte: Maßnahmen im Bereich Gewaltprävention oder Anti-Rassismusbearbeitung. Wir unterscheiden da auch bei der Bewertung von Verlusten von städtischen Unternehmen: Manche Unternehmen bringen zwar eine gewisse Umwegrentabilität, also je ausgegebenen Euro des Unternehmens – oder im Fall von Verlusten je Euro der Stadt – kommen an anderer Stelle mehr Euro für die Stadtkasse rein. Aber dienen sie, also diese Unternehmen, der Daseinsvorsorge genauso wie beispielsweise das Städtische Klinikum oder die Bäder? Das hat für uns GRÜNE schon eine andere Qualität. Auch der Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel gehört zur Daseinsvorsorge und es ist für uns klar, dass die Verkehrsbetriebe allein ihrem Zweck nach Verluste in finanzieller Perspektive machen, aber das Leben in der Stadt überhaupt erst ermöglichen.

Und so gibt es aus unserer Sicht eine Reihe von Maßnahmen, die im Sinne der Generationengerechtigkeit für ein lebenswertes Karlsruhe schon heute anstehen und zu denen wir verpflichtet sind. Lassen Sie uns mutig sein! Die Notwendigkeiten sind begründbar und dienen nicht dem Hochglanz. Die fetten Jahre sind vorbei, das haben alle hier im Raum verstanden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, Sie haben uns einen Haushalt vorgeschlagen und dabei immer wieder die Generationengerechtigkeit ins Spiel gebracht. Genau diese fordern wir in Bezug auf alle Ressourcen. Wir GRÜNE werden auch in diesem Doppelhaushalt ein Mehr an Klimaschutzmaßnahmen fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Mehr an Klimaschutzmaßnahmen, beispielsweise ein Förderprogramm für den Kohleausstieg Karlsruher Heizungen und Austausch von Ölheizungen und ein Förderprogramm für das Erstellen von Klimaneutralitätsstrategien mittelständischer Unternehmen. Neben Investitionen in den Klimaschutz wollen wir auch in die Klimaanpassung und den Artenschutz investieren, oder beispielsweise endlich in Sachen ehrenamtlicher Tierschutzbeauftragte* weiterkommen. Und auch im Bereich Soziales, im Teilhaushalt 5000, ist aus unserer Sicht Optimierungsbedarf. Denn der soziale Bereich ist dynamisch. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell sich Bedarfe plötzlich verändern können. Darauf haben wir reagiert, und der Gemeinderat muss selbstverständlich auch weiterhin Entscheidungen treffen können, auch über Anträge mit finanziellen Auswirkungen, auch über haushaltsrelevante Anträge.

Wir müssen genau hinschauen, besonders auf Gruppen oder in Lebensbereiche, die nicht im allgemeinen Blick sind. Auf Menschen, die keine Lobby haben, in einer Welt, in der immer noch der Mensch am meisten krieht, der am lautesten schreit. Für uns GRÜNE gehören alle Menschen dazu, die hier leben. Auch die Betreuungskräfte, die in Einzelhaushalten Senior*innen betreuen und manchmal nicht mal ein eigenes Zimmer haben und keinerlei Schutz durch das deutsche Arbeitsrecht. Auch die Armutsprostituierten aus Osteuropa, die hier sind, um ihre Kinder zu ernähren. Auch die Jugendlichen, die am Skateplatz zu laut und in der Schule zu leise

sind. Auch die Trans-Kinder, die sich nicht in der Umkleidekabine umziehen wollen. Auch die Alleinerziehenden, die auf Ganztageschulen angewiesen sind.

Ich könnte hier noch ewig so weiter machen mit dieser Aufzählung. Karlsruhe als soziale Stadt erreicht schon sehr viele Menschen, gemeinsam mit starken Träger*innen und verlässlichen Partner*innen und den städtischen Mitarbeiter*innen. An dieser Stelle ein großes Danke an Sie alle, die daran mitwirken, dass Karlsruhe eine so lebenswerte Stadt ist und Solidarität hier gelebt wird. Aber: Jedes fünfte Kind lebt in unserer Stadt in Armut oder nahe der Armutsgrenze. Es fehlen nach wie vor Betreuungsplätze in Kindertagesstätten; in der Kranken- und Altenpflege spüren wir bereits die Auswirkungen des fehlenden Pflegepersonals. Das, sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Armutszeugnis für die Politik. Da müssen wir dranbleiben, da müssen wir Lösungen aushandeln. Wir GRÜNE begrüßen deshalb, dass der Gemeinderat, dass wir gemeinsam noch vor der Pandemie, die Erhöhung der Einkommensgrenze beschlossen haben, bis zu der Menschen berechtigt sind, den Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass zu erhalten. So wird gesellschaftliche Teilhabe auch für Menschen Realität, die armutsgefährdet sind.

Ein Schlüssel für Teilhabe liegt am Anfang: Gute Kindertagesstätten sind entscheidend für unsere Entwicklung, für unsere Bildungsvita, für unseren Lebensweg. Und den sollten wir alle selbstbestimmt gehen können, mit den gleichen Chancen. Im Bereich KiTas stehen wir da vor zwei großen Herausforderungen: Erstens muss der Ausbau vorangetrieben werden und wir müssen die Fachkräfte, die Erzieher*innen, gewinnen. Zweitens soll dabei die Qualität hoch bleiben, in puncto Inklusion und Sprachförderung müssen wir uns sogar noch weiterentwickeln. Beim Gewinnen von Erzieher*innen begeistert die klassische Ausbildung nur wenig junge Menschen: Vier Jahre ohne Bezahlung und dann ein sehr überschaubares Gehalt, das ist wenig motivierend. Dagegen nimmt die Zahl der Menschen in der praxisintegrierten Ausbildung, der „PiAs“, immer mehr zu. Dass wir in Karlsruhe immer noch vergleichsweise besser dastehen als andere Städte, liegt auch daran, dass wir die Zahl der PiA-Plätze sukzessive erhöht haben. Und da wollen wir GRÜNE im aktuellen Doppelhaushalt einen weiteren Schritt mit Ihnen gehen, wenn auch einen sehr kleinen.

Große Schritte wird das Umsetzen des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 erfordern. Unsere kommunale Aufgabe dabei ist es, schon heute mehr Schulen für die Ganztagsgrundschule zu gewinnen. Der Hort muss wieder auf seine originäre Aufgabe der Jugendhilfe konzentriert werden, am besten inklusiv in den Ganztagsgrundschulen. Denn der Einsatz als teure Betreuungseinrichtung für alle war nie seine Aufgabe. Das können und wollen wir uns in Zukunft nicht mehr leisten.

Und auch im Bereich Schulen geht es um Klimaschutz: Die energetische Sanierung der Schulgebäude muss zügig Fahrt aufnehmen. Durch ein vollständiges Sanieren kann auch endlich die überfällige Barrierefreiheit erreicht werden. Sie ist die Voraussetzung der inklusiven Schulentwicklung, die durch die UN-Behindertenkonvention seit März 2009 in Deutschland verbindlich vorgeschrieben ist.

Eine weitere soziale Herausforderung ist der Markt für Mietwohnungen. Wenn wir beispielsweise Pfleger*innen oder Fachleute für die Verwaltung oder Erzieher*innen für unsere KiTas nach Karlsruhe holen wollen, scheitert es oft an verfügbarem, bezahlbarem Wohnraum. Wir GRÜNE befürworten daher, dass die Stadt die sozialen Wohnprogramme unterstützt und für das Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm, KaWoF, weiterhin Mittel zur Verfügung stehen. Denn der soziale Wohnungsbau darf nicht am Geld scheitern. Mittels Verpflichtungs-

mächtigung wollen wir GRÜNE Wohnungsbauenden auch in den kommenden Jahren Planungssicherheit für das Förderinstrument bieten.

Doch unser soziales Bedürfnis geht über die eigenen vier Wände hinaus. Wir haben im letzten Jahr gesehen, dass sich Menschen füreinander engagieren, Nachbarschaftshilfen entstehen und in Online-Nachbarschaftsgruppen finde ich sofort eine helfende Hand. Spendentische und Spendenausgaben haben sich gefunden, um weniger privilegierten Menschen Hygieneartikel, Winterkleidung und Essen zu vermitteln. Vielen Dank an all die Karlsruher*innen, die sich da engagieren. Dabei kann Quartiersmanagement aktivieren und vernetzen, und so unterstützen und helfen. Deshalb ist es gut, dass Gelder für die Weiterentwicklung, wenn auch in sehr kleinen Schritten, eingestellt sind.

Quartiersmanagement ist auch im Bereich Vielfalt und Akzeptanz ein wichtiger Motor. Wir GRÜNE stehen für eine Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer religiösen oder weltanschaulichen Orientierung, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität selbstbestimmt leben können. Diese Akzeptanz muss von entsprechenden Strukturen begleitet werden, das braucht Ressourcen und Einsatz. So ist beispielsweise Integration kein Selbstläufer. Uns GRÜNEN sind die Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans samt den Integrationsprojekten wichtig. Durchgängige Sprachförderung sowie die berufliche, soziale und kulturelle Teilhabe von Zugewanderten und jungen Geflüchteten müssen wir früh und so gut wie möglich unterstützen werden. Deshalb möchten wir GRÜNE die erfolgreichen Mentor*innen-Projekte in diesem Bereich gemeinsam mit Ihnen verstetigen.

Denn auch im Bereich Integration haben wir Verantwortung. Die Verbesserung der Willkommensstrukturen ist uns ebenso ein Anliegen wie unsere Mitgliedschaft beim Städteverbund „Sicherer Hafen“. Wir müssen Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung auf allen Ebenen konzeptionell und systematisch voranbringen. Denn Diskriminierungsformen jeglicher Art existieren bis hinein in die Mitte der Gesellschaft, auch in Karlsruhe. Klare Kante gegen Rechts, klare Kante gegen jegliche Art von Rassismus oder Diskriminierung, das sagt sich zwar leicht, ist aber eine Daueraufgabe und muss gelernt und gelebt werden. Wir GRÜNE möchten mit geringen Mitteln die bestehenden Angebote im Bereich Beratung, Intervention und Prävention bündeln und weiterentwickeln, basierend auf einer gesamtstädtischen Anti-Rassismus- und Anti-Diskriminierungs-Strategie.

Weiterentwickeln wollen wir auch die Angebote im Bereich Gewaltprävention und Schutz vor Gewalt. Wir GRÜNE freuen uns, dass wir hier im Gemeinderat gemeinsam im Sommer 2021 mit dem Beschluss zur Istanbul Konvention, dem völkerrechtlichen Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, konzeptionell einen Schritt weitergekommen sind. Schade, dass wir für die nun folgenden Empfehlungen keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen können. Dass ein Bedarf besteht, das zeichnet sich ja bereits ab. Denn ein Recht auf ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben haben alle Menschen, beispielsweise auch im Alter.

Die Zahl der pflegebedürftigen Senior*innen steigt auch in Karlsruhe rasch an. Und parallel ergreifen immer weniger Menschen den Pflegeberuf. Darüber hinaus fehlen sowohl ambulante als auch stationäre Pflegeplätze. Und ja, auch in diesem Bereich macht die Stadt Karlsruhe schon sehr viel. Aber viele alte Menschen kommen nicht von selbst zu den Angeboten. Das liegt

zum Teil an Unwissenheit. Aber auch Scham, Sprachprobleme und fehlende Mobilität spielen eine Rolle. Wir GRÜNE werden daher die modellhafte Umsetzung von präventiven Hausbesuchen für über 75-Jährige fordern. Die Stadt hat dazu auf unseren Antrag hin ein detailliertes Konzept entwickelt und ein Projekt in Pilotstadtteilen befürwortet. Das Konzept haben wir hier im Gemeinderat auch schon verabschiedet. Dabei sind hohe Zuschüsse der Krankenkassen sehr wahrscheinlich. Denn Gesundheit ist ein Leben lang die Basis für ein gutes Leben.

Das Rückgrat der Karlsruher Gesundheitsvorsorge ist das Städtische Klinikum. Das Klinikum hat es geschafft, die hohen Belastungen der Pandemie zu meistern und zeitgleich den Umzug der chirurgischen Stationen in das moderne Haus M zu bewerkstelligen. Dabei ist das Personal oft an die Grenzen der Belastbarkeit gegangen, und leider viel zu oft auch darüber hinaus. Die Stadtgesellschaft, wir sind der Belegschaft des Städtischen Klinikums zu tiefem Dank verpflichtet. Gerade die Investitionen beispielsweise in den Brandschutz der Klinik müssen auch in finanziellen Krisenzeiten gesichert sein. So begrüßen wir es ausdrücklich, dass hier nicht gespart werden soll. Die Arbeit der Klinik ist ein sehr bedeutender Beitrag zur Daseinsvorsorge und wir GRÜNE bekennen uns auch in einer schwierigen Haushaltslage ganz klar zu unserem Städtischen Klinikum. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass es in öffentlicher Hand bleibt und als Haus der Maximalversorgung auch nicht profitable, aber nicht weniger wichtige Bereiche, wie zum Beispiel die Kinder- und Jugendpsychiatrie, bereitstellt.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Gesundheitsversorgung ist. Wir GRÜNE möchten auch die weiteren ambulanten und präventiven Angebote im Gesundheitsbereich sicherstellen und weiter vollumfänglich fördern, wie beispielsweise die Arbeit der Aidshilfe.

Die Corona-Krise hat uns aber auch in einem ganz anderen Bereich deutlich vor Augen geführt, wo wir stehen, und zwar im Bereich Digitalisierung. Da ist der Weg noch weit. Karlsruhe begreift sich als einer der führenden IT-Standorte Deutschlands, wenn nicht sogar Europas. Das sollte sich auch in der digitalen Arbeit der Verwaltung widerspiegeln. Die Liste der digitalen Bürger*innendienste muss stetig erweitert werden. Die neue digital@ka-App ist sicherlich ein guter Anfang. Aber auch in der internen Kommunikation muss ein Umdenken stattfinden. Müssen Einladungen zu städtischen Veranstaltungen per Post verschickt werden? Müssen Berichte in großer Auflage gedruckt und als Broschüre bereitgestellt werden?

Das sind jedoch nur Kleinigkeiten im Vergleich zu unseren Aufgaben in Sachen digitale Ausstattung von Schulen: Da müssen wir das Tempo bei der Anbindung an das Highspeed-Internet erhöhen, denn neue, digitale Lernkonzepte funktionieren nur mit der entsprechenden Infrastruktur. Wir haben es sehr begrüßt, dass das Stadtmedienzentrum in der Pandemie die Zahl der Leihtabletts für Schüler*innen schnell erhöht hat und auch die Schulen zügig damit ausgestattet wurden. Die damit verbundenen Folge- und Administrationskosten wurden dabei allerdings aus unserer Sicht noch nicht ausreichend berücksichtigt. Hier sehen wir mittelfristig einen Handlungs- und Finanzierungsbedarf.

Wenn die Pandemie noch eines gezeigt hat – oder zeigt –, dann, wie wichtig die Teilhabe an Kultur für unser aller Wohlbefinden ist. Teilhabe an Kultur ist ein Mittel gegen die Isolation und für das gesellschaftliche Miteinander. Wir bedauern daher sehr, dass im kulturellen Bereich Einsparungen in diesem Doppelhaushalt vorgenommen werden mussten. Positiv ist immerhin, dass wir dabei auf das Kürzen der institutionellen Förderungen der freien Kultur verzichten

können. So lange im Bereich der Kultur noch coronabedingte Einschränkungen gelten, so lange also nicht mit den üblichen Besucher*innenzahlen gerechnet und kalkuliert werden kann, so lange werden mögliche Insolvenzen noch im Raum stehen. Umso wichtiger ist es, dass der von uns GRÜNEN beantragte Notlagenfonds in das Jahr 2021 übertragen wurde. Wir fordern, dass er auch noch ins Jahr 2022 übertragen werden kann.

Bis dato ungelöst ist das Problem der gestundeten Mieten. In vielen Einzelgesprächen wird zurzeit ausgelotet, wie die einzelnen Betriebe und kulturellen Einrichtungen damit umgehen können. Wir fordern daher, dass diese Schulden auch weiterhin nicht eingefordert werden, bis Lösungen für alle Einrichtungen gefunden sind.

„Kultur für alle“ – diesen Begriff würden wir GRÜNE gerne erweitern um einen zweiten Satz, nämlich „kulturelle Teilhabe für alle“. Daher begrüßen wir, dass mit dem Karlsruher Kinderpass gerade der Zugang für die Kleinsten zur Kultur ermöglicht werden kann. Beispielhaft ist hier das KONS zu nennen, das Badische Konservatorium, das gezielt diese Gruppe anspricht.

Dass Karlsruhe eine so lebenswerte Stadt ist, haben wir ganz besonders einer Personengruppe zu verdanken: unserem städtischen Personal. Ohne gutes, motiviertes, engagiertes und fachlich bestens geschultes Personal hätten wir die gewaltigen Aufgaben der Vergangenheit nicht bewältigen können. Natürlich haben die Aufgaben deutlich zugenommen, durch die wachsende Einwohnerschaft, Aufgabenzuwächse über den Bund, das Land, durch den Gemeinderat. Dabei bewegen wir uns, was das Verhältnis der Ausgaben für Personal zur Zahl der Einwohner*innen angeht, im Mittelfeld der Großstädte in Baden-Württemberg.

Als Arbeitgeberin befinden wir uns in einer Konkurrenzsituation mit anderen Städten und Gemeinden sowie mit der freien Wirtschaft und Einrichtungen des Landes. Wir dürfen auch bei einer schwierigen Haushaltslage unsere Mitarbeiter*innen nicht aus dem Auge verlieren. Gerade im Gegenteil. Das Nichtbesetzen frei gewordener Stellen darf nicht dazu führen, dass die nun unerledigte Arbeit auf das übrige Personal verteilt wird. Auch darf die Haushaltslage nicht zu einem generellen Einstellungsstopp führen. Denn wenn durch Überlastung Abwanderung oder Ausfall drohen, dann geht Wissen und Erfahrung verloren.

Der Fachkräftemangel wird nicht an der Rathaustür haltmachen. Eine gute Personalplanung und Personalführung werden daher immer wichtiger. Dazu gehören faire Home-Office-Regelungen oder – um es präziser zu sagen – gute Regelungen zur alternierenden Telearbeit samt entsprechender Ausstattung zuhause und gute Bedingungen am Arbeitsplatz.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich für die Einsatzbereitschaft in der Coronazeit. Denn zu denen, die besonders unter Druck standen – und stehen –, gehören auch die städtischen Mitarbeiter*innen. Danke für Ihren Einsatz!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Mut und Zuversicht für Klimaschutz und Zusammenhalt. So habe ich die Haushaltsrede überschrieben. Damit wir in puncto Klimaschutz zuversichtlich bleiben können, liegt noch ein weiter Weg vor uns. Klimaneutralität je früher desto besser ist ein hehres Ziel. Dafür muss aus unserer Sicht noch einiges ergänzt werden im aktuellen Entwurf. Zum Beispiel im Bereich energetische Sanierungen. Warum gehen wir das Rathaus in Grötzingen oder die Sporthalle der

Ernst-Reuter-Schule nicht jetzt schon an? Günstiger wird's nicht mehr. Und jedes Zehntelgrad zählt. Oder im Bereich Kohleausstieg: Trotz laufender Förderprogramme des Bundes heizen manche Karlsruher*innen noch mit Steinkohle oder Briketts. Deshalb werden wir Ihnen die Idee eines Förderprogramms, als Ergänzung zur bestehenden Bundesregelung, zum Austausch von Kohle- und Ölheizungen präsentieren. Oder im Bereich Privatwirtschaft: Große Unternehmen haben es einfacher, eigene Kapazitäten aufzubauen, um ihre Klimabilanz zu ermitteln und eine Strategie zur Klimaneutralität zu entwickeln. Das ist für kleine und mittelständische Unternehmen eine echte Herausforderung. Mittels Förderprogramm soll die Stadt Karlsruhe auch hier verstärkt unterstützen. Wär' das nicht was?

Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen einladen, unseren Anträgen zu folgen. Wir, die GRÜNE-Fraktion, haben unsere Wünsche abgespeckt, unsere Änderungsanträge sind so moderat, dass wir sie als verträglich für die Gesamt-Haushaltshöhe einschätzen. Darüber hinaus richtet sich unser Appell nochmals an die Stadtverwaltung mit der Bitte zu prüfen, ob es nicht doch noch Möglichkeiten gibt, Projekte, die ich Ihnen in den vergangenen Minuten geschildert habe, gerade zum Beispiel im Bereich Klimaschutz, im Bereich der energetischen Sanierung oder zumindest Vorarbeiten in dieser Richtung, anzustoßen.

Lassen Sie uns zuversichtlich bleiben und mutiger werden, lassen Sie uns Generationengerechtigkeit in Bezug auf all unsere Ressourcen konsequent einhalten. Dabei geht es nicht nur um den Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Nein, es geht vor allem um uns, um „Menschenschutz“. Ich freue mich auf die Haushaltsreden der anderen demokratischen Fraktionen und im Anschluss auf die gemeinsame Debatte. Ich hoffe auf einen konstruktiven Austausch und einen moderaten, wertschätzenden Ton.

Vielen Dank an das Team der Stadtkämmerei für die Erstellung des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2022/23. Vielen Dank auch für die zahlreichen Abstimmungen und die Antworten auf unsere Fragen diesbezüglich im Vorfeld.

Karlsruhe ist super, ich lebe sehr gerne hier. Das möchte ich auch den nachfolgenden Generationen ermöglichen. Deshalb nochmal: Lassen Sie uns bei diesem Doppelhaushalt Generationengerechtigkeit in Bezug auf all unsere Ressourcen konsequent einhalten. Mit Mut und Zuversicht. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNE)

Stadtrat Hofmann (CDU) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vor mehr als sechzig Jahren schrieb Ludwig Erhard in seinem Buch „Wohlstand für Alle“: „In einer sich bewegenden Welt werden wir nicht erstarren dürfen, aber wir haben die Pflicht, in der Verfolgung der Ziele unserer Politik fest zu bleiben.“ Der damalige Bundeskanzler Erhard war vorher auch Bundeswirtschaftsminister und ist uns daher allen noch als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ bekannt.

Wenn wir aber auf den heutigen Haushaltsentwurf blicken, kann man schnell den Eindruck gewinnen, dass wir mehr als ein Wunder benötigen, um die Zukunftsfähigkeit von Karlsruhe sicherzustellen. Schließlich prognostiziert die Stadtverwaltung ein Gesamtergebnis von minus 74 Millionen Euro für das Jahr 2022 und von minus 64 Millionen Euro für den Haushalt 2023. Wir sind also nicht nur weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt, wir sind bisher noch nie

so weit davon entfernt gewesen. Wenn wir so weitermachen, werden wir uns mittelfristig noch weiter davon entfernen.

Gleichzeitig schreibt uns die Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg klare Haushaltsgrundsätze vor: Erstens muss die Stadt Karlsruhe ihren Haushalt so führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist und zweitens ist dabei den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Im Klartext heißt das, auf kurz oder lang dürfen wir nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das verbietet uns der Gesetzgeber.

Im vorliegenden Doppelhaushalt wird zu einem Teil versucht, durch Auflösung von Rückstellungen mit rund 25 Millionen Euro beziehungsweise 35 Millionen Euro zumindest die Genehmigungsfähigkeit zu retten. Hierbei handelt es sich aber um Einmaleffekte, mit denen es spätestens 2024 vorbei ist. Weiter greift der Entwurf auf Steuererhöhungen von rund 16,6 Millionen Euro zu. Wir haben aber ein strukturelles Defizit im Ergebnishaushalt, da es uns nicht gelingt, die jährlich anfallenden Aufwendungen durch Einnahmen zu decken. Mein Kollege Dr. Klaus Heilgeist hat dies unzählige Male hier eingebracht, und auch die Finanzbürgermeisterin hat dies jedes Jahr wiederholt.

Bereits vor der Corona-Pandemie standen die Zeichen auf Eintrübung der Wirtschaft, nachdem das Gewerbe, die Industrie und die verlängerte Werkbank in den Jahren 2017 und 2018 noch Rekorderträge erzielt haben. Insgesamt geht es nicht allein um die Industriebetriebe und das Handwerk in der Region. Wir sind mittlerweile Teil einer globalisierten Welt. Wenn sich daher die Weltwirtschaftsleistung eintrübt, hat das auch Auswirkungen auf uns in Karlsruhe, insbesondere wenn wir am Ende einer unterbrochenen Lieferkette stehen. Insofern ist es meiner Ansicht nach wenig sinnvoll, den Schuldigen allein hier in Karlsruhe zu suchen und mit Schuldzuweisungen um sich zu werfen. Das habe ich heute auch nicht vor.

Nach den Jahren des endlosen Vorwärts und des grenzenlosen Booms in sämtlichen Bereichen müssen wir wieder lernen, zu haushalten und zu sparen. Wir als CDU-Fraktion haben die Notwendigkeit zum Sparen, zum konsequenteren Haushalten zwar in den letzten Jahren immer wieder mahnend hier im Hause angebracht. Letztendlich haben wir aber Stellenschaffungen, Aufgabenausweitungen oder millionenschweren Investitionen in die Zukunft aufgrund der positiv scheinenden Haushaltssituation auch oft mitgetragen. Das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt ist nicht erst infolge von Corona entstanden, aber Corona hat wie ein Brandbeschleuniger darauf aufmerksam gemacht. Aus diesem Grund müssen wir jetzt handeln und nicht noch ein weiteres Mal auf den letzten Schluck aus der leeren Flasche hoffen oder krampfhaft versuchen, zu kaschieren, wie tief der Karren im Dreck steckt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur zusammen, und zwar zusammen mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, mit den Dezernenten und der Verwaltung können wir diese Herkulesaufgabe stemmen. Dazu müssen wir aber aufhören mit dem politischen Rechts-Links-Geplänkel und mit dem Lobbyismus sowie dem ständigen Ausspielen der einzelnen Ämter und Aufgaben gegeneinander. Wie das allerdings nach Ihrer Rede, Frau Fahringer, passieren soll, in der Sie wie ein Feuer immer weiter diesen Haushalt aufgebläht haben und uns aber keine einzige Möglichkeit zur Finanzierung gesichert haben, da bin ich wirklich gespannt.

(Beifall bei der CDU)

Mit Blick auf den Finanzhaushalt wird im Jahr 2022 kein Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet. Das bedeutet zukünftig: Jeden Euro, den wir dort in die Sanierung von Schulen, in die Infrastruktur oder in die Kultur investieren wollen, auch wenn es sich fast ausschließlich um Fortsetzungsmaßnahmen handelt, müssen wir über Kredite finanzieren. Wenn etwa die Gehälter unserer Stadtverwaltung nur noch über Kredite finanziert werden, dann sollten unser aller Alarmglocken schrillen. Natürlich dürften wir die Gehälter gar nicht über Kredite finanzieren. Dennoch gilt, dass unsere Stadt Kredite gar nicht in unbegrenzter Höhe aufnehmen kann. Denn dies widerspricht nicht nur der Generationengerechtigkeit, die eben immer wieder angesprochen wurde, es ist durch die Gemeindeordnung auch schlichtweg verboten.

Deshalb möchte ich zusammen mit Ihnen Lösungsvorschläge finden, auch wenn grundsätzlich gilt, dass man mit scharfsinnigen Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik keine Wahl gewinnen kann. Schließlich erzeugt nichts so sehr Vermeidungsängste wie rote Zahlen. Dennoch müssen wir uns – und damit sind wir wieder beim eingehenden Zitat von Ludwig Erhard – der jetzigen Situation stellen. Auch unter widrigen Umständen müssen wir handlungsfähig sein und die Herausforderungen auf uns nehmen. Wenn wir uns der Herausforderung stellen und Lösungen herausarbeiten, müssen wir uns im Klaren sein, worüber wir eigentlich reden.

Wenden wir uns daher zunächst den Einnahmen der Stadt zu. Den weitaus größten Anteil mit mehr als 45 Prozent werden hier die Steuereinnahmen ausmachen, insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, ungefähr 345 Millionen Euro. Die Einnahmen sind in den vergangenen zwei Jahren pandemiebedingt stark eingebrochen. Dementsprechend weniger Steuern wurden eingenommen und das, obwohl uns Bund und Land 2020 bei der Gewerbesteuer mit Kompensationszahlungen entgegengekommen sind und die Mindereinnahmen somit ein wenig abgefedert haben. Dennoch ist es für uns wichtig, dass wir in dieser Situation nicht eine Erhöhung der Gewerbesteuer beschließen. Wenn der Zufluss einer Wasserleitung versiegt, nützt es wenig, den Wasserhahn einfach nur weiter aufzudrehen. Schließlich hat uns die Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt, welchen Belastungen große und mittelständische Industriebetriebe, das Handwerk, der Einzelhandel, die Gastronomie, die Hotellerie und weitere Bereiche unseres Wirtschaftsmotors bereits ausgesetzt waren. Wenn wir in dieser Situation, in der sich die Wirtschaft langsam wieder berappelt, nun eine Steuererhöhung beschließen, senden wir damit ein vollkommen falsches Signal. Eine aktuelle Studie des ifo Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass die Erhöhung verschiedener Steuern langfristig sogar das Gegenteil bewirkt und sowohl Wirtschaftswachstum als auch die Entwicklung des Steueraufkommens hemmt. Wer davon spricht, dass es sich um eine moderate Erhöhung handelt, dessen Blick geht an der Realität völlig vorbei. Der Handwerksbetrieb oder der Gastronom aus Neureut oder Durlach findet seine Mitbewerber um Dienstleistungen oder Aufträge meist nicht in Stuttgart oder Mannheim, sondern in Eggenstein, Ettlingen, Karlsbad, Stutensee, Pfinztal oder Rheinstetten. Und dort liegt die Gewerbesteuer dann 100 Punkte tiefer. Schweren Herzens haben wir damals die Gewerbesteuererhöhung bei der letzten Haushaltskonsolidierung mitgetragen, Aber jetzt kommt sie völlig zur falschen Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Auch eine Erhöhung der Grundsteuer wäre völlig kontraproduktiv. Lieber Herr Oberbürgermeister, es vergeht keine Gemeinderatssitzung, in der Sie nicht das Thema bezahlbaren Wohnraum ansprechen, und selbst in Ihrer Haushaltsrede war dieses Thema immer wieder präsent. Seit Jahren setzen sich alle Fraktionen im Land und im Bund für ausreichend und vor allem auch für

bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe ein. Jetzt die Grundsteuer zu erhöhen, ist nicht nur falsch, sondern bewirkt genau das Gegenteil. Denn diese Erhöhung ist eins zu eins auf die zweite Miete umlegbar und wird das Mietniveau noch weiter in die Höhe treiben.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU wollen eine Politik, die höhere Steuereinnahmen erzielt, aber gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung möglichst wenig belastet. Mit der CDU wird es daher keine Steuererhöhung geben.

Kommen wir zu den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes. Nahezu grenzenloses Wachstum hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass wir immer mehr Personalstellen und zusätzliche Aufgaben mit immer neuen Ausweitungen geschaffen haben. Nun hat sich aber die Einnahmenseite in den vergangenen Jahren drastisch verändert, während wir bei den Ausgaben ständig aufgesattelt haben. Die Auflagen des Regierungspräsidiums sind eindeutig: Wir müssen uns zu einer schnellen Haushaltskonsolidierung und strikten Aufgabenkritik bekennen. Das schaffen wir aber nur gemeinsam. Eine interfraktionelle Zusammenarbeit wäre ein toller Erfolg für unsere Stadt.

Derzeit geben wir mehr als 400 Millionen Euro für Personal- und Versorgungsaufwand aus. In anderen Worten: Wir schneiden vom Kuchen der uns zur Verfügung stehenden Mittel mehr als ein Viertel ab, allein damit die Räder unserer Verwaltung nicht stillstehen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Wir wollen weiter ordentlich bezahlen und niemanden entlassen. Alle Beschäftigten erledigen einen großartigen Job und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren unserer Stadtgesellschaft. Doch vielleicht erfüllt auch nicht jede neue, durch den Gemeinderat ins Leben gerufene Personalstelle ihren Zweck, beziehungsweise vielleicht ist diese Aufgabe gar nicht von der Kommune zu erbringen. Jede weitere Stelle steht zunächst einmal für weitere Ewigkeitskosten, die wir uns zumindest derzeit und auch absehbar nicht leisten können. Im Vergleich mit den beiden größten Städten in Baden-Württemberg, Stuttgart und Mannheim, machen unsere Personalkosten den größten Anteil an den städtischen Gesamtaufwendungen aus. Anders ausgedrückt: Pro Karlsruherin und Karlsruher wenden wir ca. 1.267 Euro für städtische Personalkosten auf, in Stuttgart sind es je Einwohner 35 Euro weniger und in Mannheim sogar 195 Euro pro Kopf weniger. Seit 2011 geben wir mehr als 50 Prozent zusätzlich für Personalaufwendungen aus. Gleichzeitig bleiben viele Stellen mit Verwaltungsaufgaben unbesetzt und offen. Von knapp 6.000 Stellen waren am 30. Juni 2020 mehr als 500 nicht besetzt. Dies legt einen enormen Druck auf unsere ohnehin schon überlastete Verwaltung. Teils durch den Gemeinderat, teils aber auch durch Vorgaben von Bund und Landbürden wir uns mehr und mehr Verbindlichkeiten und Qualitätsstandards auf. Insofern sehen wir hier eine Stellschraube, an der wir drehen müssen, um die Ausgabenseite zu Karlsruhes Gunsten zu korrigieren.

Mit der CDU wird es daher im kommenden Jahr keine zusätzlichen Stellenschaffungen oder Ausweitungen für neue Aufgabenbereiche geben, sofern wir vom Gesetzgeber dazu nicht verpflichtet werden. Es gilt, zusätzlich alle Aufgabenbereiche dahingehend zu überprüfen, ob sie tatsächlich als kommunale Aufgabe zwingend notwendig sind. Dieser Prozess muss natürlich ohne Kündigungen und auf alle Fälle ohne Mehrbelastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angegangen werden. Insbesondere wenn die Angehörigen der Babyboomer-

Generation in den kommenden Jahren in Rente gehen, steht sowieso ein großer personeller Umbruch ins Haus, der hierfür genutzt werden muss.

Grundsätzlich sollten wir auch daran denken, neue Stellenausschreibungen so zu gestalten, dass zukünftig Mitarbeitende noch flexibler eingesetzt werden können. Auf diese Weise locken wir nicht nur mehr Bewerberinnen und Bewerber an, sondern können ihnen durch flexiblere Aufgabenbereiche auch langfristige Perspektiven bieten.

Wir haben in den letzten Jahren insbesondere beim HSPKA-Prozess immer wieder gezeigt, dass wir verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen und auch sparen können. Bei den mehr als 400 Projekten haben wir damals über 21 Millionen Euro eingespart. Das verdient durchaus Beachtung. Allerdings kehrt sich diese Zahl um, wenn wir berücksichtigen, dass wir mittlerweile auch zusätzlich 35 Millionen Euro in andere oder weitere Projekte der freiwilligen Leistungen gesteckt haben. Insofern haben wir 2021 zusätzliche 14 Millionen Euro ausgegeben. Hierfür sind insbesondere bei der Kinderbetreuung aber oft die Landes- und Bundesgesetzgebung mitverantwortlich. Zahlen soll es dann zum Großteil die Kommune. Dies gilt auch für den ÖPNV oder die Gesundheitsversorgung durch das Städtische Klinikum. Es kann nicht sein, dass uns Bund und Land als Oberzentrum bei der Finanzierung im Regen stehen lassen. Beide müssen deutlich stärker in die Finanzierungen dieser dringend notwendigen Aufgaben miteingebunden werden.

Daher setzen wir uns als CDU-Fraktion dafür ein, dass die Suche, Beantragung und Nutzung von landes-, bundes- oder europaweiten Förderprogrammen noch viel effizienter verfolgt werden muss. Da hier teilweise bis zu 80 oder 90 Prozent der Kosten einzelner Maßnahmen gefördert werden, müssen wir die Förderprogramme vollständig ausschöpfen. In diesem Rahmen stellen wir uns einen Monitoringbericht vor, der dem Gemeinderat in gewissen Zeitabständen vorgelegt wird und informiert, welche Fördermittel und -programme eingeworben werden konnten und welche Chancen wir nicht genutzt haben.

Eine ganz und gar nicht positive Entwicklung sehen wir bei unseren Beteiligungsgesellschaften, wie zum Beispiel dem Städtischen Klinikum oder der KVVH und dort insbesondere beim Karlsruher Nahverkehr. Die VBK haben im Geschäftsjahr 2020 einen Verlust von 43 Millionen Euro eingefahren, der sich in den nächsten Jahren auf voraussichtlich ca. 66 Millionen Euro in 2021 und auf 68 Millionen Euro in 2025 steigern wird. Bei den Beratungen des letzten Haushalts 2021 gab es hier Fraktionen, die einen kostenlosen oder zumindest für Teile der Bevölkerung kostenlosen ÖPNV ins Spiel gebracht haben. Solche Forderungen sind nicht nur denkbar unangebracht, sondern gegenüber künftigen Generationen auch unverantwortlich. In diesem Zusammenhang war ich froh, Herr Oberbürgermeister, dass Sie in Ihrer Rede zum aktuellen Doppelhaushalt betont haben, dass es nicht auf die Kostenfreiheit eines Angebots, sondern auf die Qualität ankommt, um auf eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV zu kommen.

Positiv stimmt uns auch die absehbare Fertigstellung der Kombilösung. Dieses Langzeitprojekt war mitsamt den baustellenbedingten Einschränkungen eine große Geduldsprobe für den Einzelhandel und alle Karlsruherinnen und Karlsruher. Wir warten gespannt auf diesen städtebaulichen Meilenstein. Mit der Fertigstellung bieten sich neue Möglichkeiten für den Handel und die Wirtschaft, insbesondere aber auch für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Bei aller Vorfreude muss hier auch erwähnt werden, dass es insbesondere bei der Kombilösung, aber auch dem Staatstheater oder aktuell bei der Stadthalle zu enormen Kostenexplosionen

kam, die wiederum den Haushalt zusätzlich belasten. Damit muss endlich Schluss sein. Bei allen laufenden und zukünftigen Großprojekten fordern wir eine bessere Kostenkontrolle. Wir brauchen von Beginn an realistische Einschätzungen der Kosten und deshalb mehr Zusammenarbeit mit Experten, die mit den Projektschritten solcher Sonderbauten vertraut sind.

(Beifall bei der CDU)

Heute geht es nicht darum, über die Sinnhaftigkeit oder den sozialen Mehrwert eines Kostenpunkts zu streiten. Heute reden wir darüber, wie wir Karlsruhes Zukunftsfähigkeit sichern können. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bei der Verabschiedung des laufenden Haushalts 2021 haben Sie gesagt – ich zitiere: Wenn wir „nicht die Kurve kriegen – und zwar eine drastische Kurve – dann würden wir diese Stadt in kürzester Zeit mit voller Wucht an die Wand fahren.“ Ich bin ganz auf Ihrer Linie, und das sollten wir alle sein. Aber ist der uns jetzt vorgelegte Haushalt die von Ihnen damals skizzierte Kurve? Ein prognostiziertes Defizit von minus 74 und 64 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre und dies überwiegend durch Einmaleffekte und Steuererhöhungen? Ohne derartige Maßnahmen würden wir bei 116 und 106 Millionen Euro Defizit in den nächsten beiden Jahren und einem wahrscheinlich nicht genehmigungsfähigen Haushalt landen.

Ich hätte mir für den vorliegenden Doppelhaushalt schon deutlich mehr gewünscht. Jetzt habe ich vorhin schon alle von uns in die Pflicht genommen und möchte nicht weiter kritisieren, ohne Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ich glaube Ihnen, ich glaube auch dem Kämmerer und dem Finanzdezernat, dass aufgrund der Komplexität und der Kurzfristigkeit leider nicht mehr möglich war. Aber ich bin gespannt, wie es uns jetzt gelingen soll, in einem Jahr diese Mammutaufgabe anzugehen, beziehungsweise wie wir der Bevölkerung sechs Monate vor der nächsten Kommunalwahl 2024 dann diese extremen Kürzungen erklären wollen, ohne noch mehr Politikverdrossenheit zu erzeugen.

(Beifall bei der CDU)

Aber alles Jammern nützt nichts. Die CDU ist bereit, diese Aufgabe anzugehen, denn am Ende bleibt für uns alle nur die eine Frage: Was können und wollen wir uns in Zukunft leisten und von was müssen wir uns trennen oder was müssen wir zumindest vorübergehend aussetzen?

Anders als beim HSPKA-Prozess ergibt es bei den Summen, die eingespart werden sollten, diesmal auch absolut keinen Sinn, wieder über Weihnachtsbäume, Geschenke für Dienstjubiläen oder kleinste Zuschüsse für Kultur, Sport oder Soziales zu diskutieren. Ein Wegfall dieser Zuschüsse würde viele Projekte in ihrer Existenz gefährden. Das wäre nicht nur ein großer Verlust für die Zuschussempfänger, sondern auch für Karlsruhe, da es sich bei den mehr als 400 Projekten und Empfängern um zum Großteil um unverzichtbare zusammenhaltsfördernde, integrierende und inklusive Beiträge handelt, die auch durch ein enormes ehrenamtliches Engagement aufrechterhalten werden. Vielmehr müssen wir alle Standards bei den Pflichtaufgaben überprüfen, die wir in den letzten Jahren zum Teil drastisch erhöht beziehungsweise übererfüllt haben, da uns die Mittel zur Verfügung standen. Sollten weitere Aufgaben zur Erfüllung vom Bund oder Land auf die Kommune delegiert werden, setzen wir uns – wie von der Frau Ersten Bürgermeisterin gefordert – dafür ein, eine einhundertprozentige Gegenfinanzierung durch Bund und Land zu bekommen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir den dynamischen Prozess der Verschuldung unserer Stadt aufhalten und in den kommenden Jahren umkehren. Mehr als

eine Verdoppelung der Pro-Kopf Verschuldung in den kommenden zwei Jahren von 405 auf über 1.000 Euro ist für uns nicht akzeptabel.

Lassen Sie uns, Herr Oberbürgermeister, über Benchmarking sprechen, genauso wie Sie es in Ihrer Rede schon angekündigt haben. Ich nehme uns alle in die Pflicht, in allen Bereichen, in denen es ohne Probleme möglich ist, über eine Auslagerung oder wenigstens eine Reduzierung unserer Standards nachzudenken. Genauso müssen wir die freiwilligen Zuschüsse, zum Beispiel der KVV, der KTG, der KME, der KMK, der Bäder oder im Bereich von Staatstheater und ZKM, hinterfragen. In vielen städtischen Bereichen erfüllen wir unsere Aufgaben nicht nur, wir übererfüllen sie sogar. Von dieser Übererfüllung und dem ein oder anderen hohen Standard müssen wir uns mit Blick auf die vom Regierungspräsidium geforderte Aufgabenkritik vorerst verabschieden oder ihn vielleicht auch nur vorübergehend aussetzen.

Im Rahmen von Einsparmöglichkeiten möchte ich auch noch auf die Budgets der Transferleistungen eingehen, auch wenn es sich im Prinzip nicht um Einsparungen, sondern um Anpassungen handelt. Wenn wir die zurückliegenden Ergebnisse betrachten und dann mit den Mitteln verrechnen, die für diesen Doppelhaushalt bereitgestellt werden sollen, ergibt sich bei mehr als einhundert Zuschussempfängern ein beachtliches Delta. Das bedeutet, dass gut jedes vierte Projekt die Mittel, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden, in den vergangenen Jahren – vor und während der Corona-Pandemie – bei weitem gar nicht ausgeschöpft hat. Wenn wir die Budgets moderat anpassen, ohne den Zuschussempfängern etwas von ihren bisher durchschnittlich verbrauchten Geldern zu nehmen und ihnen einen großzügigen Puffer für alle Eventualitäten einräumen, bietet sich hier ein großes Anpassungspotential. Dieses liegt ungefähr bei 41 Millionen Euro – und dies, ohne eine einzige freiwillige Leistung auszusetzen oder einzustellen. Damit wären die schmerzhaften Steuererhöhungen, die uns zwar rund 16,6 Millionen Euro einbringen, aber unsere Wirtschaftsleistung hemmen, vom Tisch. Mit effizienten Anpassungen können wir uns den Erhalt der freiwilligen Leistungen auf einem entsprechenden Niveau problemlos leisten.

Eine derartige Effizienz wünschen wir uns auch beim Thema Klimaschutz. Hier wollen wir als CDU-Fraktion ein Maximum herausholen und erneut für unseren Vorschlag werben, die CO₂-Vermeidungskosten in den Fokus zu rücken. Dahinter verbergen sich diejenigen Kosten, die man in die Hand nehmen muss, um Klimaneutralität in einem bestimmten Bereich herzustellen. Die Bereiche, in denen die Kosten am niedrigsten liegen und in denen der wissenschaftlich erwiesene Effekt für den Klimaschutz am höchsten ist, wollen wir als erstes und am konsequentesten angehen: Beispielsweise hat die Umstellung der Straßenbeleuchtung in der Stadt auf LED-Lampen einen direkten finanziellen Mehrwert und spart CO₂. Wenn wir dagegen die Nördliche Hildapromenade zur Fahrradstraße erklären, verbirgt sich dahinter ein Nutzen für den Klimaschutz, der erst auf längere Sicht erkennbar wird. Schließlich müssen die Karlsruherinnen und Karlsruher erst motiviert werden, vom Auto aufs Fahrrad umzusteigen.

Wenn wir weniger effiziente und langsame Klimaschutzmaßnahmen ans Ende setzen, anstatt alles auf einmal umsetzen zu wollen, können wir bei den effizienteren Maßnahmen das Tempo und den Umfang erhöhen. Mit dieser Strategie werden wir die Klimaneutralität schneller erreichen. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn wir nachweisen, dass es bei diesem für uns alle wichtigen Thema nicht um Weltanschauung und Ideologie geht.

Die wichtigste Weichenstellung der Zukunft wird sein, wie wir Karlsruhe attraktiver machen. Karlsruhe muss für junge Familien, Paare und Singles attraktiver werden, die auf der Suche nach

einer Wohnung sind oder bauen möchten. Die Ergebnisse der „Stadtentwicklungsstrategie 2035“ haben es erschreckend deutlich gemacht: Karlsruhes Einwohnerzahl schrumpft, die Mieten sind hoch, und es wird immer weniger gebaut. Daher setzen wir uns für mehr Wohnraum in Karlsruhe ein, die alle Akteure der Bauwirtschaft ins Boot holt. Ein großes Potential sehen wir etwa in der städtebaulichen Umgestaltung der südlichen Stuttgarter Straße. Neben der Ansiedlung der ESG Frankonia würden wir es begrüßen, wenn hier zusätzlich zu den Kleingärten auch Flächen für den Wohnungsbau freigegeben werden.

Bei allen Aktivitäten benötigen wir unkomplizierte Planverfahren und kürzere Bearbeitungszeiten bei Bauvorhaben. In diesem Zusammenhang müssen wir auch über die Sinnhaftigkeit von engmaschigen Vorschriften und Normen beim städtischen Bauen nachdenken. Obwohl nur rund 20 Prozent aller DIN-Normen gesetzlich bindend und die restlichen 80 Prozent Empfehlungen sind, haben sich die rund 3.800 DIN-Normen im Baubereich zu kostenintensiven Must-haves entwickelt, die jegliche Bauaktivität zuungunsten der Stadt in die Länge ziehen und verteuern. Normen mit Empfehlungscharakter, die also nicht zum Bereich „Leib und Leben“ oder „gleichberechtigte Teilhabe am Leben“ zählen, gehören auf den Prüfstand. Wir müssen zumindest den Mut haben, diese Standards für den Zeitraum der kritischen Haushaltssituation vorübergehend auszusetzen. Zusätzlich zum Nachverdichtungspotential müssen wir auch neue Flächen zum Bebauen ausweisen. Schließlich dürfen wir den vielbeschworenen Flächenfraß nicht allein dem Landkreis aufbürden. Letztlich ist er dort ein ebenso großer Eingriff in die Natur wie bei uns. Schon jetzt hat laut „Stadtentwicklungsstrategie 2035“ ein Suburbanisierungsprozess eingesetzt. Dadurch entgehen uns nicht nur wesentliche Einnahmen mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich. Wir muten der Natur auch einen Pendlerverkehr zu, der dem Klimaschutz alles andere als zuträglich ist. Wenn aber das Angebot an Wohnraum steigt, dann sinken auch die Mieten. Ganz im Gegensatz dazu, wenn wir die Grundsteuer erhöhen.

Anstatt die Gewerbesteuer zu erhöhen

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat, Sie haben noch eine Minute!)

wäre es zielführender, wenn Karlsruhe die Rahmenbedingungen schafft, damit Gewerbetreibende mehr Arbeitsplätze und damit zusätzliche Gewerbesteuerereinnahmen generieren. Aus diesem Grund fordern wir schon seit Jahren die Ausweisung neuer Gewerbegebiete, wie zum Beispiel das Gottesauer Feld in Neureut, und drängen darauf, dass auch hier die Planungsverfahren beschleunigt werden.

Viel wichtiger ist es, ab morgen die Weichen für die kommenden Haushalte zu stellen. Hier kommt Ihnen, Herr Oberbürgermeister, die wichtigste Aufgabe zu. Als Oberhaupt der Verwaltung müssen Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie müssen Ihre Dezernenten und Amtsleiter anweisen, uns schnellstmöglich Vorschläge zu unterbreiten, wie und wo eingespart werden kann. Alle freiwilligen Leistungen sowie alle erhöhten Standards bei den Pflichtaufgaben müssen auf den Prüfstand und von den jeweiligen Ämtern mit Preisschildern versehen werden. Wir benötigen eine Übersicht, was den Rahmen einer gesetzlichen Leistung bei den Pflichtaufgaben ohne Weisung bildet und inwiefern die Stadt Karlsruhe darüber liegt. Nur so werden wir zum einen aktiv dazu beitragen, unseren Haushalt mittelfristig auszugleichen. Zum anderen schaffen wir durch eine strikte Aufgabenkritik den notwendigen finanziellen Spielraum, um auch die eigentlichen Aufgaben unserer Stadt in den kommenden Jahren wahrzunehmen.

Ich möchte mich vor allem auch in dieser Verantwortung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung, unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und auch bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister bedanken. Haben Sie vielen Dank für Ihre tatkräftige Arbeit bei der Einbringung des Haushaltes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Gehen wir es an!

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Zeh (SPD) (vom Rednerpult sprechend): Chancen durch Veränderung! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor großen Herausforderungen für die Zukunft unserer solidarischen Gesellschaft und für das Klima. Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. Die SPD will die Schritte für die Zukunft Karlsruhes gehen.

Der 9. November ist ein Gedenktag in Deutschland, für Umbrüche in der Geschichte:

- Der 9. November 1918: Beginn der ersten Republik mit der riesigen Aufgabe der Lasten des ersten Weltkriegs durch die Reparationsforderungen und Arbeitslosigkeit.
- Der 9. November 1938: Das Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung mit der folgenden Katastrophe des 2. Weltkriegs und den weltweiten Zerstörungen.
- Der 9. November 1989: Der Fall der Mauer mit der anschließenden Wiedervereinigung und den Kosten der Einheit.

Da ist die Coronakrise der vergangenen Jahre eine völlig neue, anders gelagerte Herausforderung. Viele Kosten und Ausgabenausfälle kamen in den Coronajahren 2020 und 2021 auf Karlsruhe zu. Der Haushalt 2021 wurde nur aufgrund der Sondersituation Corona durch das Regierungspräsidium genehmigt. Fast alle Aufgabenbereiche waren in der einen oder anderen Weise betroffen. Höhere Kosten entstanden zuvorderst in den Gesundheitsämtern, beim Betrieb der Schulen oder bei der Digitalisierung in den Rathäusern. Zusätzliche Bedarfe traten auch in den vielen ausgelagerten Einrichtungen, den kommunalen Betrieben oder bei den freien Trägern auf. Vielen Einrichtungen und Strukturen haben wir mit städtischen Mitteln das Überleben in der Coronakrise ermöglicht, jetzt haben sie mit Veränderungen den Neustart erreicht. Wir hoffen, dass alle wieder in die Normalität zurückkommen.

Aber die Haushaltssituation ist angespannt und dieser Doppelhaushalt ist durch Sparmaßnahmen geprägt. Es konnten Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vermieden werden, aber auch Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich treffen viele Akteure, Veranstaltungen und Einrichtungen. Auch die Sparbeiträge der Gesellschaften, die teilweise durch Eigenkapitalentnahmen erbracht werden, sind nicht auf Dauer ausgerichtet.

Es besteht ein gewisser Grundkonsens im Gemeinderat, dass Schulmodernisierung, Ausbau der Kinderbetreuung, bezahlbares Wohnen und der Klimaschutz Ausgabenschwerpunkte sein müssen. Während des letzten Jahres wurde der Ausbau der Kinderbetreuung weiter forciert, so dass die Zahl der Betreuungsplätze gesteigert werden konnte und diese jetzt wieder offen sind. Es gibt noch Ausbaubedarf für weitere Kindertageseinrichtungen. Die Personalsuche gestaltet sich allerdings schwierig, die SPD hält an der praxisorientierten Ausbildung für Erzieherinnen

und Erzieher fest. Einige Stadtteile brauchen dringend neue Einrichtungen. Der gesetzliche Anspruch auf Betreuungsplätze, wohnortnah und qualitativ hochwertig, muss erfüllt werden und dahinter steht die SPD auch in schwierigen Zeiten des Haushalts. Es ist eine große Leistung, dass wir die Beiträge über Jahre hinweg konstant gehalten haben. Die Betreuungsstunden in den Minikindergärten des Stadtjugendausschusses wollen deutlich erhöhen.

Der Otto-Dullenkopf-Park wird sich weiter entwickeln zu einem attraktiven Treffpunkt für Jugendliche. Durch die notwendige Verlagerung des KSC-Fanprojekts wurden die alten Bushallen neu geprüft. Sie können einfach und kreativ für das Fanprojekt und für die Bewegungsszene aktiviert werden. Eine Veränderung, bei der viele Einrichtungen gewinnen. Es hat Vorbildcharakter in Deutschland.

In der Coronazeit haben sich auch verschiedene Nachbarschaftsinitiativen entwickelt. Die Hilfen für die Nachbarschaft sind eine gute Basis für den Zusammenhalt. Die Nachbarschaftshilfe unterstützt unser Quartiersmanagement-Konzept. Wir wollen das Quartiersmanagement weiter sorgsam ausbauen und verstärken. Gerade die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Pflegeeinrichtungen haben unter den Besuchseinschränkungen stark gelitten. Durch die Impfungen gibt es wieder mehr Möglichkeiten sich zu begegnen. Es werden inzwischen verstärkt moderne, innovative Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren gewünscht. Auch im Alter sind veränderte Ansprüche bemerkbar. Daher müssen die Konzepte angepasst werden. Viele Hinweise zu den Wünschen und Vorstellungen in unserer Stadt kommen vom Beirat für Menschen mit Behinderungen, dem Migrationsbeirat und dem Stadtseniorenrat. Diese Beiräte werden durch die SPD weiterhin bei ihrer wertvollen Arbeit unterstützt.

Der Karlsruher Pass und der Karlsruher Kinderpass sind wichtige Errungenschaften der sozialen Stadt. Das Konzept wurde bereits von vielen Umlandgemeinden übernommen. Leider ist kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahren im Rahmen des Karlsruher Passes aufgrund der Haushaltssituation derzeit nicht möglich. Aber wir als SPD verfolgen das Ziel weiter.

Alle Träger im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit sind für die soziale Landschaft und für die praktische Arbeit in Karlsruhe durch ihre vielfältigen Erfahrungen unverzichtbar. Es ist gelungen, im Bereich der freiwilligen Leistungen im Sozialbereich eine dynamische Erhöhung für die Gehaltssteigerungen und Mieterhöhungen aufzunehmen. Dies ist ein wichtiger Fortschritt, der den Trägern ermöglicht, ihre Arbeit erfolgreich fortzusetzen.

Auch im Bereich Migration und Integration war es schwieriger. Die Mittel für Aufgaben der Sprachförderung und Bildung blieben erhalten. Aber Videosprachkurse sind oft schwieriger als direkter Unterricht. Teilweise wurden die Mittel über den ESF, den europäischen Sozialfonds, bereitgestellt. Da diese Mittel nicht mehr zur Weiterförderung für die Projekte SCHEFF und Perspektive Now!Plus bewilligt wurden, werden wir beantragen, diese erfolgreiche Arbeit mit städtischen Mitteln fortzusetzen. Wir hoffen, dass es die Gemeinderatsmehrheit ebenso für notwendig hält. Sprache zu erlernen, ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration.

Wir wollen, dass die Schulen wieder durchgängig in Präsenz betrieben werden können. Der Präsenzunterricht ist wichtig, fürs Lernen, aber auch für das soziale Miteinander. Die Lockdowns der Schulen und das Homeschooling haben gezeigt, dass die Schulen noch deutlichen Nachholbedarf an Digitalisierung haben und hatten, auch wenn Karlsruhe schon vor ein paar Jahren das Thema „Digitale Schule“ in Angriff nahm. Daher müssen im Schulbereich für die Digitalisierung weitere Mittel bereitgestellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist in die Räumlichkeiten der

Schulen zeitgemäß zu investieren und den Sanierungsstau abzubauen. Deshalb begrüßen wir innovative Lösungen wie „Zukunft Schule“, das heißt, eine Übergangsschule, um Schulsanierungen voranzubringen.

Schwierig und eine neue Herausforderung für die kommenden Jahre wird das Recht auf Ganztagesbetreuung auch in der Schule. Alle Formen - von Ganztagschule bis Hort - sollen angeboten werden. Dazu müssen an einigen Schulen noch Räume geschaffen werden. Viel größer ist aber für die Kommune die Herausforderung durch das zusätzliche Personal, das dafür notwendig ist. Das Konzept wurde vom Gemeinderat beschlossen, die konkreten Umsetzungsschritte müssen noch erfolgen, damit der Gesetzesanspruch erfüllt wird. Bereits jetzt ist der Wunsch der Eltern nach verlässlichen Betreuungsangeboten groß, der Ausbau muss kommen. Wir hoffen, dass hier die Gelder für den Ausbau und die Betreuung zur Verfügung gestellt werden nach dem Motto: Wer bestellt, bezahlt auch.

Die Sporthallensituation – insbesondere für den Schulsport – ist weiterhin angespannt. Die neue Lina-Radtke-Halle ersetzt die Schulsportkapazität derzeit teilweise für die Europahalle und bietet hoffentlich den PSK Lions einen ordentlichen Löwenkäfig. Wir haben aber weiterhin ein Defizit für den Schulsport in Oberreut, der Waldstadt oder Durlach. Hier müssen wir als Stadt vorankommen. Die Sanierung der Europahalle ist gestartet. Die Investition erlaubt nach Fertigstellung 2024 wieder größere Sportveranstaltungen. Die Leichtathleten haben für die Übergangszeit, bis die Europahalle wieder in Betrieb geht, eine temporäre Trainingsmöglichkeit mit Unterstützung durch die Stadt erhalten. Das Indoormeeting erhält im Doppelhaushalt einen Zuschuss. Geplant ist, dass das Meeting in Zukunft wieder in der Europahalle mit geringeren Aufbauposten stattfindet. Daran erkennt die SPD-Fraktion, wie wichtig die Europahalle für den Sport in Karlsruhe ist.

Sport treiben im Freien ist in den letzten beiden Jahren für viele Menschen attraktiv geworden. Neue Trainingsmöglichkeiten sind hinzugekommen. Hier haben wir erfreulicherweise bereits viel getan und werden hoffentlich weiterhin die Mittel dafür haben. In diesem Zusammenhang spielt auch die neue Trendsportart Calisthenics eine besondere Rolle, es entstanden Anlagen an vielen Orten in Karlsruhe. Im Winterhalbjahr sind diese nur begrenzt nutzbar; wir stellen deshalb den Antrag, die Anlage in der Südstadt zu beleuchten, um damit Erfahrungen über die Nutzung in der dunklen Jahreszeit zu gewinnen.

Die Verlagerungsprojekte im Sport, bei den Fußballvereinen in Rüppurr und den Cougars in der Nordstadt, binden viele Ressourcen, nichtsdestotrotz ist es von größter Wichtigkeit, dass hier mit aller Kraft vorangegangen wird. Die ersten Teile des neuen Wildparkstadions werden von den Besuchern und Fans gut aufgenommen. Der Neubau wird uns den Doppelhaushalt weiter begleiten, die Bauverzögerung wird auch zu höheren Kosten führen. Wir wünschen dem KSC viel Erfolg und eine bessere wirtschaftliche Situation.

Die Bäder sind aus unserer Stadt nicht wegzudenken. Sie dienen der Daseinsfürsorge und bieten vielen Menschen im Sommer Aufenthaltsqualität und Urlaubersatz an. Diese dürfen natürlich nicht vernachlässigt werden, deshalb unterstützt meine Fraktion die Instandhaltung, auch im Wölfler, aus dem Haushalt. Für die Finanzierung des Hallenbads Neureut müssen neue Wege gedacht werden.

Sport und Kultur verbindet das Ehrenamt. Ohne Ehrenamt wären viele der Aktivitäten in diesem Bereich nicht möglich. Die Kultur hat es während des Lockdowns besonders hart getroffen, keine Veranstaltung in den Theatern und Kultureinrichtungen konnte stattfinden. Auch hier haben wir mit dem Corona-Fonds Mittel bereitgestellt. Nun startet die Kulturszene neu, keine Einrichtung musste aufgeben. Die neuen Formate wie Livestream haben auch neue Chancen eröffnet, gerade für Menschen die nicht mobil sind. Auch die Kultur vor Ort hat sich neu erfunden.

Die größte Veränderung ist der beschlossene Umbau des Staatstheaters. Der erste Bauabschnitt ist im Haushalt vorhanden. Dieses neue Projekt wird uns die nächsten Jahre beschäftigen. Wir als SPD-Fraktion stehen hinter diesem Projekt, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, der Brandschutz und die Barrierefreiheit sind positive Veränderungen im neuen Gebäude.

Ohne einen Baukostenzuschuss der Stadt wäre auch die neue Stätte im ehemaligen Kino am Passagehof für die Kinemathek und den Jazzclub nicht möglich. Wie bei Altbauten oft üblich, sieht man erst, wenn die Arbeiten begonnen haben, was wirklich noch alles notwendig ist. Wir hoffen, dass mit der Erhöhung des Baukostenzuschusses einer baldigen Fertigstellung nichts im Wege steht.

Veränderung wird es bei unserem Aushängeschild „Das Fest“ und anderen Veranstaltungen geben müssen. Es wird immer schwerer, Großveranstaltungen im Voraus zu planen. Kontrollen beim Einlass, weiträumige Umzäunung, bedeuten Mehrarbeit und Mehraufwand. Hier muss nach akzeptablen Lösungen gesucht werden.

Positiv die Chancen genutzt hat „P8 Panorama eV“. Durch die Bebauung in der Nordstadt musste der Verein ein neues Domizil suchen und hat es in der Schauenburgstraße gefunden. Das Gebäude bietet Platz für mehr kulturelle Aktivitäten. Der Neuanfang wird von der SPD Fraktion unterstützt.

Positiv ist auch, dass der Kulturausschuss rechtzeitig über die geplanten Sparmaßnahmen informiert wurde. Es ist nirgends einfach, auf gewohnte Gelder zu verzichten. Die SPD-Fraktion ist aber nicht bereit, bei den Fastnachtsumzügen zu sparen. Wir stellen den Antrag, auf die Streichung von 50 000 Euro zu verzichten.

Schwierig ist die Situation weiterhin in der Majolika. Hier müssen die Veränderungen noch ausgearbeitet werden. Als SPD hoffen wir, dass dies gelingen wird.

Viele preiswerte Mietwohnungen werden von der Volkswohnung und anderen Wohnungsgenossenschaften zur Verfügung gestellt. Bei Neubauten sind aber auch hier die Baukosten zu beachten, preiswert zu bauen ist nicht einfach. Die Volkswohnung muss einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem Häuser saniert und erneuerbare Energien eingesetzt werden. Hier kommen erhebliche Ausgaben auf die Gesellschaft zu. Gewinnentnahme bei der Gesellschaft ist nach Ansicht der SPD nicht der richtige Weg.

Ein Karlsruher Weg zur Beschaffung von Wohnraum für sozial Benachteiligte ist die Wohnraumakquise. Dieses Modell ist Vorbild auch für andere Städte und muss daher fortgesetzt werden. Insgesamt muss aber weithin mehr sozialer Wohnungsbau in Karlsruhe stattfinden. Die Volkswohnung und andere Genossenschaften sind hier Vorbild. Bei Neubauten im Innenbereich

wird bei jedem Bauvorhaben durch das Karlsruher Innenentwicklungskonzept automatisch auch neuer sozialer Wohnraum geschaffen

Karlsruhe erlebt ab dem 12. Dezember mit dem Fahrplanwechsel einen großen Umbruch. Erstmals seit über 130 Jahren fährt in der Kaiserstraße keine Straßenbahn mehr: Die Straße gehört den Fußgängern. Leider hat der ÖPNV in den Coronazeiten Fahrgäste verloren. Diese müssen durch attraktive Angebote zurückgewonnen werden. Der ÖPNV muss eine schnelle, bequeme und kostengünstige Alternative zum Auto werden. Das Land will die Zahl der ÖPNV-Nutzer verdoppeln. Nur so kann die Verkehrswende gelingen. Allerdings sind hier vom Land auch weitere Maßnahmen erforderlich, die Finanzierung weist strukturelle Defizite auf. Hier muss von Landeseite etwas getan werden. Dies ist auch für das Erreichen der Klimaziele notwendig.

Das Rad hat in der Coronazeit weiter an Bedeutung in Karlsruhe gewonnen. Statt temporärer Popup-Radwege setzen wir auf den weiteren Ausbau der Radinfrastruktur. Das neue Bypadverfahren zeigt Ziele für Karlsruhe für bessere Bedingungen für Fußgänger und Radler auf. Dazu gehören beispielsweise Radwege, Aufstellflächen an Ampeln und Abstellanlagen. Karlsruhe soll Fahrradhauptstadt in Deutschland bleiben. Auch schnelle Angebote von Radwegen in die Region sollen die Attraktivität erhöhen. Konflikte in den Wohngebieten müssen für alle verträglich gelöst werden.

Die Kriegsstraße hat ihre trennende Wirkung durch die Reduktion des oberirdischen Autoverkehrs verloren. Die Vision der autogerechten Stadt Karlsruhe ist beendet. Mehr Bäume auf der Kriegsstraße zeigen auch den Trend zu mehr innerstädtischem Grün – angefangen bereits bei den Straßenumgestaltungen in den citynahen Stadtteilen. Diesen Schritt - in Richtung mehr Aufenthaltsqualität - will die SPD weitergehen. Entsiegelung von Flächen, mehr grüne Oasen, mehr kühlende Wasserflächen sind Maßnahmen in Richtung Klimaanpassung, die wir angehen müssen.

Durch die Veränderungen im Freizeitverhalten werden immer mehr unserer Grünanlagen von den Karlsruherinnen und Karlsruhern zum Aufenthalt, zum Picknicken oder zum Sport treiben genutzt. Man hält sich lieber im Freien auf statt in geschlossenen Räumen. Das Gartenbauamt muss deutlich mehr pflegen und reinigen, dazu kommen noch die Mehraufwendungen für naturnahe Gestaltung der Flächen. Das Gartenbauamt braucht mehr Stellen, diese werden wir beantragen.

Gebäudesanierungen sind aus verschiedenen Gründen notwendig: Brandschutz, Barrierefreiheit, digitale Gebäudeausstattung, Energieeinsparung, Klimaschutz. Die große Anzahl der Gebäude – beispielsweise Schulen und Verwaltungsgebäude - macht dies zur Daueraufgabe. In diesem Haushalt werden das technische Rathaus und die Walter-Eucken-Schule mit Millionenbeträgen saniert. Aber das Tempo müssen wir steigern, da insbesondere die Gebäude aus den 60er und 70er Jahren nun nach gut 50 Jahren großen Sanierungsbedarf haben. Wir würden als SPD-Fraktion gerne mehr Gebäude erneuern, doch die Finanzsituation zwingt uns dazu, Schwerpunkte bei Schulen und Sporthallen zu setzen. Mit Finanzen allein ist es auch nicht getan, man braucht für die Modernisierungen auch Personal und Baufirmen.

Für den Klimaschutz insgesamt werden aber deutlich mehr Mittel im Haushalt bereitgestellt. Die Mittel sind die Arbeitsfelder, die im Klimaschutzkonzept 2030 aufgeführt sind. Wir wollen diesen gemeinsam beschlossenen Weg weitergehen. Zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels – hinter

dem die SPD steht – ist jedermann aufgefordert, in Privathäusern Photovoltaikanlagen zu installieren oder die Dämmung zu verbessern, zu Fuß zu gehen oder mit dem Rad zu fahren statt mit dem Auto. Jeder kann seinen Beitrag für das Klima leisten.

Auch im Zoo besteht Sanierungsbedarf bei den Gebäuden. Es wurde nun ein große Luchsanlage eingeweiht; die Afrikasavanne steht im Moment zur Sanierung an. Das Giraffenhaus wird den neuen Bedingungen angepasst, insgesamt steht den Zebras und Giraffen eine größere, gemeinsame Außenanlage zur Verfügung – eine positive Veränderung. Dringend notwendig wäre auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Schimpansen.

Das Städtische Klinikum spielt in der Pandemie weiterhin eine wichtige Rolle. Aufgrund der Verschiebung des eigentlichen operativen Geschäftes, erschwert sich die wirtschaftliche Situation. Und das Personal verdiente höhere Gehälter. Die medizinische Versorgung findet seit März im eingeweihten Haus M statt. Durch den Umzug der einzelnen Klinikbereiche ins Haus M stehen etliche ältere Klinikgebäude leer. Jetzt braucht es eine Gesamtstrategie und Konzeption des Altbestandes, damit das Klinikum für die medizinischen Aufgaben der Zukunft ausgerüstet ist. Die Stadt als Gesellschafter steht in der Pflicht, bei den finanziellen Herausforderungen zu helfen.

Die Stärke Karlsruhes ist auch durch die starke Hochschullandschaft geprägt. Zahlreiche Firmengründungen haben ihren Ursprung in Ideen und Ausgründungen aus diesem Bereich. Karlsruhe fördert dies über viele Gründerzentren, so bleibt Karlsruhe eine junge dynamische Stadt mit vielen IT-Unternehmen. Die Förderung von Start-Ups in diesen Bereichen ist vorbildlich. Notwendig wäre noch eine Einrichtung für Handwerksgründungen. Vielleicht wird diese in den kommenden Jahren im Bereich von Grünwinkel möglich. Ein Problem bei der wirtschaftlichen Entwicklung sind die wenigen vorhandenen, freien nutzbaren Flächen. Daher ist eine gezielte Flächenentwicklung weiterhin dringend notwendig. In den vergangenen Jahren wurden strategische Flächen wieder erworben. Nur so kann eine Abwanderung von Firmen vermieden werden.

Karlsruhe muss attraktiver Mittelpunkt der Region bleiben. Die Nahversorgung konnte in vielen Stadtteilen in den letzten Jahren wieder deutlich verbessert werden. Kurze Wege zum Einkaufen sind möglich.

Teil des sommerlichen Aufenthalts in der City sind auch die Schlosslichtspiele. Nachdem über das Marketing der KASIG die Unterstützung nicht mehr möglich ist, werden wir es als Stadt verstärkt unterstützen müssen. Digitale Kultur ist vielfältig und in Karlsruhe zuhause.

Der direkte Kontakt in Bürgerversammlungen, egal ob Stadtteilfragen oder Planungsfragen, bietet mehr Information und Transparenz als Erläuterungen im Amtsblatt. Der Austausch über die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürgern bringt mehr Information. Daher wollen wir wieder mehr Präsenzveranstaltungen zur Kommunikation mit der Bevölkerung. Auch die Jugendkonferenz bietet viele Anregungen für die Stadt. Die Erwartung – gerade bei Jugendlichen – ist natürlich, dass die Probleme schnell gelöst und Anregungen auch bald umgesetzt werden.

Die städtischen Mitarbeiter müssen auch bei der weiteren Digitalisierung der Verwaltung mitgenommen werden. Sie sind die Experten der Verwaltungsabläufe und sie wissen, wo es besser gemacht werden kann. Sie müssen auch mehr Möglichkeiten der Mitwirkung bekommen, Hie-

rarchien sollen flacher werden. Gerade auch bei der Ausstattung für das Homeoffice ist ihre Erfahrung gefragt. Ebenso ist der Gesamtpersonalrat für die richtige Erledigung der Aufgaben und die Aufgabenkritik stärker einzubinden. Denn durch Veränderungen der Aufgaben verändern sich auch die Arbeitsplätze. Wichtig sind der SPD alle städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – sie wirken für die Bürgerschaft in vielen Bereichen. Sie haben sichere Arbeitsplätze, aber auch sie brauchen Wertschätzung. Hier bietet sich das Jobticket an, dass sie umweltfreundlich zu ihrem Arbeitsplatz kommen können. Eine Ausweitung wäre ein gutes Zeichen, auch für den Klimaschutz.

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat, Sie haben noch eine Minute!)

Steuern und Gebühren sind notwendig für die vielen Aufgaben, die eine Stadt leisten muss. Wie vorgestellt sind die Erwartungen an Kinderbetreuung, Schulen, Stadtbild, Grünflächen oder preiswertes Wohnen von den Bürgerinnen und Bürgern vorhanden, aber dieses kostet aber Geld. Für die vielen Aufgaben sind daher Steuer- und Gebührenerhöhungen in diesem Haushalt vorgesehen. Erhöhungen von Abgaben und Gebühren fallen uns nicht leicht. Wir als SPD stellen uns den Herausforderungen und werden die maßvollen Erhöhungen für die Haushaltsstabilisierung mittragen. Aber auch viele Ausgabenwünsche können nicht erfüllt werden. Die freiwilligen Leistungen bleiben ohne Kürzungen erhalten. Das ist ein Kraftakt. Aber auch die Träger haben mit Kostensteigerung jedes Jahr zu kämpfen, dies ist für alle eine große Herausforderung.

Die SPD will einen Haushalt, der vom Gemeinderat bestimmt ist und nicht vom Regierungspräsidium. Wir hoffen, dass sich die Haushaltssituation verbessern wird. Es werden in den kommenden Jahren sicher noch neue, nicht geplante Herausforderungen auf uns zu kommen.

Wir danken für die Erstellung des Haushaltsplans. Wir unterstützen Sie, Herr Oberbürgermeister, einen Haushalt zu verabschieden, der die Aufgaben der Zukunft engagiert angeht und die rechtlichen Rahmenbedingungen für Gemeinden einhält.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende: Wir unterbrechen die Sitzung bis 17:30 Uhr. Bitte lassen Sie uns pünktlich um 17:30 Uhr fortsetzen.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:11 bis 17:33 Uhr)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte Sie darum, Platz zu nehmen. Für die FDP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Stadtrat Tom Høyem.

Stadtrat Høyem (FDP) vom Rednerpult sprechend: Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, meine Damen und Herren. Mit der Wirtschaft fängt der Haushalt an. Mit der Wirtschaft und den Unternehmern. Wir im Gemeinderat und in der Verwaltung haben kein Geld. Wir können nur die Steuergelder ausgeben, die wir haben, und wir entscheiden den Rahmen. Aber die Basis für den Haushalt ist die Wirtschaft und sind die Unternehmer. Ganz prinzipiell und jedes Jahr und besonders dieses Jahr für den Haushalt 2022/2023.

Wie Janus müssen wir unseren Blick in zwei Richtungen gleichzeitig richten. Nach hinten auf die Corona-Realität und vorwärts auf Innovation und Stabilisierung und Modernisierung. Immer

muss die Wirtschaft im Zentrum sein. Da gibt's keine bessere Sozialpolitik als sichere Arbeitsplätze. Da gibt's keine bessere Klimapolitik als eine technologieoffene Wirtschaft oder, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, Klimaallianz mit der Wirtschaft. Eine starke Wirtschaft ist nicht nur die Grundlage unseres Wohlstandes, sie ist auch Grundlage der politischen Handlungsfähigkeit. Als Freie Demokraten ist es uns wichtig, die Dinge im Zusammenhang zu denken, statt sie gegeneinander auszuspielen. Soziale Stabilität, effizienter Klimaschutz und erfolgreiche gesellschaftliche Transformationsprozesse gelingen am besten mit einer starken Wirtschaft und erfolgreichen Unternehmen im Rücken.

Das Regierungspräsidium hat mit Recht unseren Haushalt 2021 kritisiert. Er ist in Schieflage geraten. In der letzten Haushaltsdebatte haben mehrere Kolleginnen und Kollegen die ideologische Fahne so hoch erhoben, dass der Bodenkontakt verloren gegangen ist. Wir haben Fraktionen gehabt, die vor Kraft kaum noch laufen konnten. Wie die Erste Bürgermeisterin sagt: „Aus einer Einliterflasche zwei Liter auszuschütten, ist nicht möglich.“ Deshalb war es auch notwendig, nachher Entscheidungen, besonders für ÖPNV, zu korrigieren.

Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, die Coronapandemie ist nicht vorbei. Viele Betriebe sind betroffen. Insbesondere der Einzelhandel, die Gastronomie und die Kultur- und Freizeitwirtschaft. Über 80 % der Karlsruher Betriebe kämpfen mit negativen Corona-Auswirkungen. Unsere Aufgabe ist es, die bestmöglichen Bedingungen für unsere Wirtschaft und unsere Unternehmer zu schaffen. Und wir müssen Firmenabwanderungen vermeiden. Mit Kreativität müssen wir Wirtschaft und Handwerk unterstützen. Die FDP schlägt vor, die Handwerksammer-Bildungsakademie auf dem jetzigen Standort zu modernisieren und zu vergrößern oder das Pfizergelände zusammen mit der Handwerkskammer zu entwickeln. Proaktiv können wir wieder für Wirtschaftswachstum arbeiten. Eine Verpackungssteuer können wir nach der Entscheidung von dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim diskutieren, aber eine Erhöhung der Gewerbesteuer passt hier so schlecht wie ein Boxhandschuh auf ein blaues Auge.

Herr Oberbürgermeister, Ihre Haushaltsrede ist 20 Seiten lang. 8 Seiten benutzen Sie für Klimaschutz. Im Jahr 2022 benutzen wir 27 Millionen Euro und 2023 benutzen wir 34 Millionen für Klimaschutz und geplant sind 20 neue Stellen für Klimaschutz. Wir haben keine Gemeinderatsitzung ohne Klimaschutz auf der Tagesordnung. Trotzdem erleben wir immer und immer Klimademonstrationen, wo auf den Schildern zu lesen ist, dass wir Politiker die Klimakrise nicht ernst nehmen. Bla, Bla, Bla. Wir haben Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, die jede Kritik gegen unser Klimaschutzprojekt nicht nur als eine persönliche Beleidigung, sondern auch als moralisch und ethisch unverantwortlich betrachten. Ich denke, dass ich mir vermutlich besser als die meisten erlauben kann, persönlich über Klimaschutz zu sprechen. Wegen meiner ehemaligen Arbeit in dem arktischen Gebiet wurde es mir sehr früh schmerzlich bewusst, wie es um die drohende und reelle Klimaänderung steht. Ich denke, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, bestätigen können, dass ich mich seit Jahren bundesweit für CO₂-freie Stadtquartiere einsetze, und dass ich global via European Organization for Sustainable Development für Nachhaltigkeit in der Finanzwelt arbeite.

Karlsruhe ist zentral für diesen Einsatz und Karlsruhe - und Sie persönlich - stehen in vielen Ländern als Garant für Nachhaltigkeit. Am 2. und 3. Dezember haben wir zum elften Mal eine globale Konferenz mit mehreren Hunderten Politikern und Finanzleuten aus der ganzen Welt. Thema ist wieder Nachhaltigkeit in der Finanzwelt, mit Karlsruhe im Fokus. Zusammen sind wir, Herr Oberbürgermeister, im Advisory Board für das EU-Klimaprojekt SophiA. Leider sind diese

Aktivitäten in Karlsruhe selbst wenig bekannt. Die FDP nimmt in Karlsruhe und global die Klimaänderung sehr ernst. Trotzdem müssen drei Bemerkungen erlaubt sein.

1. Klimapolitik ist nicht heilig, sondern muss auch priorisiert werden und Effizienz-Kontrolle akzeptieren. Man muss Klimapolitik auch mit kühlem Kopf angehen dürfen.
2. Es ist für unsere Demokratie gefährlich und lähmend, wenn ein einziges Thema die politische Debatte dominiert. Als ich Gymnasiast war, haben wir nicht Friday for Future gehabt, aber wir haben gegen Kernwaffen und gegen den Vietnam-Krieg als 68'er Generation demonstriert. In den letzten Jahren haben Flüchtlinge, Corona und Klima den politischen, demokratischen Dialog in Monologe geändert.
3. Klimaschutz ist nur sinnvoll, wenn es international und technologieoffen durchgesetzt wird.

Mit Stolz haben wir den Alten Schlachthof als ein Gründerzentrum für Kultur-Aktivitäten entwickelt. Die FDP unterstützt gerne die Majolika als Kunst- und Kulturinstitution mit 150.000 Euro jährlich ohne Sperrvermerk. Karlsruhe ist nicht Glasgow, aber die FDP schlägt vor, rundum und unabhängig von Majolika in den großen maroden Gebäuden ein Karlsruher Gründerzentrum für Nachhaltigkeit mit privaten Investoren zu entwickeln.

Wohnen, bezahlbare Wohnungen, sind wahrscheinlich am häufigsten benutzte Ausdrücke in der kommunalpolitischen Debatte. Das Wort findet man nur ein einziges Mal in der Haushaltsrede vom Oberbürgermeister und es kommt in der Rede von der Finanzbürgermeisterin überhaupt nicht vor. Es ist auch ein schwieriges Thema, aber ein notwendiges Thema. Wir brauchen mehr Wohnungen. Wir müssen mehr Wohnungen bauen. Eine Grundsteuererhöhung macht bezahlbare Wohnungen zu einem totalen Klischee. Aber mit Kreativität und Mut muss man die zwei größten Verhinderungen überwinden. Das erste Hindernis: Wir haben nahezu keine freien Flächen in Karlsruhe. Das zweite Hindernis ist die größte Bewegung in der Welt, nämlich not in my backyard, das Florianprinzip. Wir Liberalen wollen wieder Leben in unsere Innenstadt bringen und mit Kreativität können wir entwickeln, umbauen und erneuern und damit Wohnungen in der Innenstadt realisieren.

Das Städtische Klinikum will seine psychiatrische Abteilung in die Klinikgebäude integrieren. Wir unterstützen absolut die Neuaufstellung unseres Klinikums. Die psychiatrische Klinik liegt jetzt in der Kaiserallee auf 28.000 Quadratmeter Fläche. 28.000 Quadratmeter! Eigentümer ist unser Freund, nämlich „THE LÄND“. Die FDP schlägt vor, mit THE LÄND zu verhandeln und hier ein ganz großes CO₂-freies Stadtquartier zu bauen. So eine Herausforderung braucht Investitionskapital von der Volkswohnung. Auch deshalb wäre es falsch und kurzfristig, Gewinnausschüttung von der Volkswohnung zur Haushaltsverbesserung zu benutzen.

Die Stadtgesellschaft erwacht mit neuem Schwung“, sagt der Herr Oberbürgermeister. Ja, wir müssen unsere Stadt wieder attraktiv machen. Lassen Sie uns ehrlich konstatieren, dass unsere Innenstadt mehr und mehr eine Wüste wird, mit wenig Aufenthaltsqualität. Die Kombilösung gibt uns die Möglichkeit, unsere Innenstadt weiterzuentwickeln. Ein neues attraktives Zentrum entsteht rund um das Ettlinger Tor mit Badischem Staatstheater, Landratsamt und rund um den Rondellplatz. Aber die Kaiserstraße, übrigens auch die Karlstraße, mit Leerstand ehemaliger Ladengeschäfte müssen wir - und ich sage wir, weil die Innenstadt wieder ein identitätsstiftendes Zentrum für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft, Kultur und Bildung werden muss - wiederbeleben. Leider müssen wir feststellen, dass der Respekt vor dem öffentlichen Raum nachlässt.

Durch die Kombilösung, aber auch durch rücksichtslose technische Einbauten sind die versiegelten Flächen angewachsen, haben sich Schaltkästen, Lüftungsklappen, Abspannmasten etc. unkontrolliert breit gemacht und den öffentlichen Raum verunstaltet. Dass es auch anders geht, zeigen uns andere Städte. Hieran sollte sich Karlsruhe ein Beispiel nehmen. Funktion muss gewährleistet sein, aber, was funktioniert, ist eben nicht „a priori schön“. „Respekt“ war Schlagwort im Wahlkampf. Respekt vor dem öffentlichen Raum fängt mit der öffentlichen Gestaltung an.

Wir stehen zu dem Mobilitätskonzept, wie es nach dem Szenario „Stadtverträglichkeit“ im Verkehrsentwicklungsplan in diesem Hause einstimmig verabschiedet und von dem, aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen bestehenden, bürgerschaftlichen Begleitgremium ebenso einstimmig verabschiedet wurde. Dieses Konzept hat sich nicht ohne Grund von der Illusion verabschiedet, es könnte autofreie Innenstädte geben. Richtig ist: das Auto ist nicht das vorherrschende Verkehrsmittel. Fußverkehr, Fahrrad, ÖPNV und Auto müssen stadtverträglich einander ergänzen und so eingesetzt werden, wie es in der Stadt der kurzen Wege angemessen und sinnvoll ist.

Rund um unsere Innenstadt hat Karlsruhe das große Privileg, von unserem Stadtwald umgeben zu sein. Die FDP-Fraktion sorgt sich weiter um den Stadtwald, der zwar 2021 eine gewisse Verschnauftpause aufgrund der Witterung erlebt, der jedoch im Inhalt an das vorliegende Waldanpassungskonzept in den kommenden Jahren umgebaut werden muss. Nur teilweise stehen für die schadensbedingten Folgen und Wiederaufforstungen Fördermittel zur Verfügung. Auch wenn wir auf die Naturverjüngung setzen, müssen die notwendigen Mittel für die Sicherung der Waldzukunft bereitgestellt werden. Erfreulich ist dabei, dass bei Baumpflanzungen im Wald auch Sponsoren unterstützen wollen. Unser Forstpersonal steht hier großen Herausforderungen gegenüber und bedarf der Unterstützung des gesamten Gemeinderats. Umweltpolitik kriegt man nicht umsonst.

Frau Erste Bürgermeisterin, in Ihrer Rede nennen Sie nur mit einem Wort „Leistungseinschränkungen“ und „Digitalisierung“. Lassen Sie uns ehrlich sein. Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich digital zurückentwickelt, und wir sind in Sachen digitale Wettbewerbsfähigkeit nur auf dem vorletzten Platz in Europa. Schlechter schnitt nur Albanien ab. Auch in Karlsruhe ist unsere digitale Entwicklung peinlich. Nichts daran lässt sich schönreden. Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Die Verwaltung muss agiler und digitaler agieren. Die Verwaltung muss sich vor allem an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern sowie der Unternehmen orientieren und nicht länger an den Anforderungen der Administration. Wir machen Verwaltung für Menschen, nicht Verwaltung für Verwaltung. Digitale Anwendungen müssen künftig konsequent mitgedacht und realisiert werden.

Leistungen und Aufgaben müssen kritisch analysiert und Doppelstrukturen verhindert werden. Es geht allen Menschen, auch Ministerpräsident Kretschmann und mir „auf den Wecker“, dass alles so lange dauert. Vielleicht ist es auch Zeit zu fragen, ob die einzelne Eidechse oder Sie, Herr Oberbürgermeister, das Verwaltungstempo in Karlsruhe bestimmen. Gleichzeitig, liebe CDU und GRÜNE, müssen Sie bitte Ihrer Regierung in Stuttgart Druck machen, dass Landesvorgaben ausreichenden Ausgleich bekommen. Mit der Unterstützung der FDP können Sie rechnen. Wir müssen auch die Luft aus unserem Haushalt herauslassen und Haushaltsreste begrenzen.

Welche Aufgaben sind amtlich vom Rathaus zu steuern? Abfallwirtschaft wird hoffentlich besser im Eigenbetrieb. Das ist notwendig! Das Wildparkstadion ist auch im Eigenbetrieb. Wir sind alle mit unserem Zoologischen Stadtgarten sehr zufrieden, aber ist es eine amtliche Aufgabe einen Zoo zu betreiben? Die FDP schlägt vor zu prüfen, ob sich der Zoologische Stadtgarten im Eigenbetrieb noch besser entfalten könnte.

Die Vielfältige Kulturszene Karlsruhes muss erhalten bleiben. Ein Kultursterben gilt es zu verhindern. Deshalb sind wir sehr kritisch kulturellen Einsparungen gegenüber, und beispielsweise finden wir die finanzielle Abschnmelzung unseres traditionsreichen Fastnachtsumzugs humorlos und kulturlos.

Der Sport mit seinen eigenverantwortlichen besitzenden Vereinen entlastet die Stadt finanziell und strukturell. Dieses Modell sollen wir weiterentwickeln. Aber, Herr Bürgermeister Lenz, wir können uns wirklich wünschen, dass Ihr Dezernat ein bisschen entscheidungsfreudiger wäre. Die Entwicklung rund um Leichtathletik war nicht schön und bis jetzt haben wir keine klare Strategie für unseren Hallenbedarf, inklusive das auf den Sankt Nimmerleinstag verschobene Adolf-Ehrmann-Bad in Neureut. Wir müssen bitte Mut für dauerhafte Lösungen fordern. Die peinliche Entwicklung für die Europahalle - und noch mehr desaströs für die Stadthalle - kostet nicht nur Geld, viel Geld, sondern auch einen substanziellen Vertrauensverlust unserer Bürger sowohl unserer Verwaltung als auch uns Politikern gegenüber.

Die Ökumenische Generalversammlung ist auch für uns eine wichtige internationale Begegnung. Aber Herr Oberbürgermeister, Sie haben doch auch persönlich einen sehr viel weiteren Blick für Internationalität. Sie haben sogar eine Stabsstelle für Internationalität. Internationalität braucht nicht Geld zu kosten. Gerade heute, am 9. November, sollen wir Vielfalt und Internationalität würdigen. Internationalität erweitert unsere Möglichkeiten auch für unseren Haushalt.

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat, noch eine Minute!)

Leider ist es eine Realität, dass Karlsruhe lokal und Karlsruhe international sich gegenseitig kaum kennen und nur selten in einen echten Dialog treten. Sehr viele von unseren wunderbaren, internationalen Firmen und Unternehmen und Menschen leben in eigenen internationalen Kreisen, ohne sich für unser wunderbares Karlsruhe zu engagieren oder es überhaupt wahrzunehmen. Sehr viele unserer Bürger sehen sich selbst und unsere wunderbare Stadt nicht in internationaler Perspektive und Zusammenhang. Man könnte sich auch in der finanziellen Bedeutung gegenseitig bereichern. Visionen sind nicht verboten, auch nicht in einer schwierigen Haushaltsdebatte.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Anwesenden.

Meine Rede steht heute ganz unter dem Motto der „Generationengerechtigkeit“. Herr Oberbürgermeister, Sie sagten in Ihrer Rede, Sie wollen nicht die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen einschränken. Frau Erste Bürgermeisterin, Sie beschreiben die Generationengerechtigkeit in Ihrer Rede als schwierige Zukunftsaufgabe, die den Willen eines jeden Einzel-

nen erfordert, konstruktiv mitzuarbeiten. Doch nicht nur die Frage der Verschuldung und der Haushaltssituation führt zu einer Generationengerechtigkeit, sondern auch die vielen getroffenen und zu treffenden Investitionen in unsere Stadt, in unsere Infrastruktur, in unsere Gebäude und Straßen, in unsere Vereine und deren Projekte tragen zur Gerechtigkeit bei. Generationengerechtigkeit bedeutet, alles so vorzubereiten, dass zukünftige Generationen noch immer dieselben Möglichkeiten und Voraussetzungen haben, wie wir heute. Frau Finanzbürgermeisterin würde sagen: „Kreditaufnahmen sind nicht per se negativ, insbesondere wenn wir damit nachhaltige Werte schaffen“. Die Balance zu finden aus zukunftsfähigem Investieren und klugem Sparen – das, meine lieben Anwesenden, ist Generationengerechtigkeit.

Auch meine Fraktion möchte sich dem Sparen anschließen. Aber: Wir wollen nichts kaputtsparen! Höchste Priorität hat für uns, keine Kürzungen für bewährte und vorbildliche Institutionen aus Sozialem und Kultur vorzunehmen. Wir wollen die Aufrechterhaltung unserer vielfältigen Sozial- und Kulturlandschaft und nehmen uns heraus, diese wo notwendig, weiter zu stärken. Pauschale Einsparungen und Kürzungen wird es mit uns nicht geben! Stattdessen möchten wir weiter investieren in die größten Verlierer dieser Pandemie: Familien, Kinder und Jugendliche. Das psychische Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen hat sich in der Pandemie verringert und das Risiko für Hyperaktivität, Adipositas, emotionale Instabilität und andere Verhaltensveränderungen ist gestiegen. Dem müssen wir entgegenarbeiten. Unsere Stadt bietet dafür vielfältige Strukturen und Angebote. Selbstverständlich dürfen diese nicht angetastet werden. Im Gegenteil: Adäquate Beschäftigungs- und Bewegungsangebote müssen noch attraktiver werden. Wir haben eine Vielzahl von Sport- und Spielplätzen. Aber es gibt eine Menge Verbesserungspotenziale, etwa bei der Sicherheit, der Ausstattung oder der Beleuchtung.

Des Weiteren fordern wir den Ausbau kultureller Treffpunkte, für alle, aber vor allem für junge Menschen. Gerade für diese sind solche Treffpunkte unerlässlich. Vor dem Hintergrund der ohnehin gebeutelten Clubszene, braucht es hier unsere Unterstützung. Um diese anzukurbeln, beantragen wir die Einstellung eines Nachtbürgermeisters, wie es ihn beispielsweise in Mannheim, Mainz oder Heidelberg bereits gibt. Dieser soll die Kommunikation zwischen Stadtverwaltung, Clubbetreibern und jungen Menschen verbessern und weitere Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Ich brauche Ihnen nicht erklären, warum auch - oder gerade - das Nachtleben so wichtig für junge Menschen ist. Sie alle waren einmal jung, manche von Ihnen sind es heute noch, manche sogar Ewiggestrige. Denn unsere Kinder, unsere Jugendlichen, unsere jungen Erwachsenen, auch diejenigen, die noch nicht wählen dürfen, nicht aus den Augen zu verlieren, ist für uns gelebte Generationengerechtigkeit.

Das Sozialwesen unserer Stadt ist gut. Doch dennoch gibt es eine Vielzahl von Institutionen und Vereinen, die noch mehr gestärkt werden müssen, um noch mehr Menschen helfen zu können. Sie erfüllen für uns wertvolle Aufgaben und tragen zur funktionierenden Stadtgesellschaft von morgen und übermorgen bei. Auch hier können wir es uns nicht erlauben, Kürzungen vorzunehmen.

Stärken möchten wir die Kurzzeitpflegeplätzen, die pflegenden Angehörigen kurze Erholungsphasen gewähren sollen. Zudem hoffen wir auf die Verwaltung, dass bei in der Zukunft geplanten Wohnbauprojekten noch viel mehr auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten einkommensschwacher Menschen und Menschen mit Behinderungen eingegangen wird. Dazu sollte zum Beispiel der Anteil von mietpreisgebundenem Wohnraum deutlich erhöht werden. Denn auch das ist Generationengerechtigkeit.

Herr Oberbürgermeister, Sie sagten in Ihrer Rede: „Die Stadtgesellschaft erwacht!“ Nachdem diese Erkenntnis bei Ihnen angelangt ist, ist es an der Zeit, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Bedeutet, wir müssen die Hilfe für gesellschaftlich oder ehrenamtlich getragene Projekte erweitern. Dazu gehören ausdrücklich die niederschweligen Nachbarschafts- und Coronahilfen. An dieses nicht selbstverständliche Engagement sollten wir ein großes Dankeschön richten. Gestärkt werden muss auch der gesellschaftliche Kampf gegen Rechts, Rassismus und jegliche Form von Gewalt und Diskriminierung – auch im Sinne der Istanbulkonvention.

Besonders hervorzuheben sind für uns all diejenigen Projekte, die sich um die Ausstattung, Betreuung, Bildung und Integration von nach Karlsruhe geflüchteten Menschen kümmern. Hier ist jeder Euro sehr gut angelegt. Wir verlangen schon heute, dass die Stadt nach den globalen Krisen der letzten Jahre und im Hinblick auf anstehende globale Krisen, Kapazitäten zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aufbaut. Dies könnte auch ein Beweggrund gegenüber der – bald neuen - Innenministerin sein, mehr in Not geratene Menschen in Karlsruhe betreuen zu dürfen. Hier können wir beweisen, dass wir der Verantwortung, die mit dem Beschluss des „Sicheren Hafens Karlsruhe“ einhergeht, gerecht werden. Das trägt in hohem Maße zu einer globalen Generationengerechtigkeit bei.

Vorrang hat für uns die Stärkung des Karlsruher Passes sowie des Kinderpasses. Diese haben sich in Karlsruhe bewährt. Mit ihnen soll es künftig wieder kostenfreien Eintritt in den Zoo oder unsere Bäder geben. Auch muss die Bekanntheit unserer Sozialpässe noch deutlich gesteigert werden, dass das Angebot an möglichst wenigen Menschen vorbeigeht.

Bildung muss kostenfrei sein. Denn nur kostenfreie und qualitativ hochwertige Bildung für alle gewährt Chancengleichheit. Die heute Jungen zu fördern, das ist Generationengerechtigkeit. Dazu gehört, dass keine Gebühren für sämtliche Bildungseinrichtungen erhoben werden. Diese Gebührenfreiheit muss bei den Kitas anfangen und darf bei den Schulen nicht aufhören. Zu diesen gehören selbstverständlich auch Fachschulen. Auch gestärkt werden muss die Schulsozialarbeit – diese fängt Probleme ab, wo sie entstehen und nicht erst Jahre später und stellt somit einen wichtigen Teil unserer sozialen Stadt. Zu kostenfreier Bildung gehört für uns ebenfalls, dass der Zutritt zu sämtlichen Kultureinrichtungen, wie etwa Museen oder der Stadtbibliothek, speziell für junge Menschen kostenfrei wird. Hiermit sind wir bei der Kultur angelangt. Diese wollen wir als Ganzes weiter stärken. Denn sie stellt den Grundpfeiler, in dem die demokratischen Werte unserer Stadtgesellschaft gestärkt werden. Hier liegt unser Fokus auf der Beibehaltung unserer vielfältigen Kulturlandschaft und der Stärkung subkultureller Institutionen und Vereine. Außerdem beantragen wir die Kürzungen für „Kunst am Bau“ zurückzunehmen. Zudem soll das Lichterfest und die Wochen gegen Rassismus wieder jedes Jahr stattfinden und der Zuschuss für nichtkommerzielle Veranstaltungen nach oben angepasst werden. Wichtig ist uns auch die Rücknahme der Kürzungen von Kinder- und Jugendprojekten der Privattheater.

Oberste Priorität hat für uns der Klimaschutz. Bereits beschlossene Klimaschutzmaßnahmen müssen unangetastet bleiben. Und die Stadt muss weitere Maßnahmen anstoßen, die über unser Klimaschutzpaket hinausgehen. Zu nennen ist hier im Besonderen das klimaneutrale Karlsruhe bis spätestens 2030. Wir müssen alle städtischen Gebäude weiterhin mit autarken Energiequellen ausstatten, wir brauchen Modelle für unsere kommunale Wirtschaft, den

selbsterzeugten Strom durch Eigenverbrauch intelligent nutzen zu können. Zu nennen ist gleichermaßen ein gut funktionierender und zuverlässiger ÖPNV. Dazu gehört auch ein gutes Angebot in der Nacht, sowohl unter der Woche als auch am Wochenende. Hierfür beantragen wir ein flächendeckendes Nightliner-Angebot in der Nacht, welches vor allem jungen, feiern, aber auch früh oder nachts arbeitenden Menschen zu Gute kommen wird. Denn nur so wird es möglich sein, die Menschen vom Auto weg, hin zur S- und U-Bahn zu bewegen. Hier muss endlich gehandelt werden, statt nur zu reden. Denn der eingeschlagene Weg steht konträr zur Mobilitätswende. Die Ticketpreise werden teurer und teurer – und dürfen nun eben nicht noch teurer werden, die Zuverlässigkeit wird dagegen nicht wesentlich verbessert. Aktuell schaffen wir es jedenfalls nicht, die Karlsruherinnen so richtig für den ÖPNV zu begeistern – im Gegenteil. Daher bleiben wir bei unserer Forderung, dass dieser gemeinsam mit dem Ausbau des ÖPNVs – im ersten Schritt – für Inhaberinnen des Karlsruher Passes und für alle bis 25 Jahren kostenfrei werden muss! Bei einem attraktiven Nahverkehrsangebot haben wir die große Chance, dass sich mehr Menschen vermehrt gegen das Auto entscheiden. Auch wenn das mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist. Mittel- bis langfristig muss der ÖPNV in Karlsruhe, von der Gesamtheit bezahlt, für alle kostenfrei werden. Denn nur mit einem verlässlichen und vollumfassenden Nahverkehr gelingt die Mobilitätswende. Das ist tatsächliche Generationengerechtigkeit.

Denn auch, wenn es aktuell düster aussieht: Meine Fraktion ist so optimistisch zu glauben, dass wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen können, aber eben nur mit deutlich tiefergreifenden und radikaleren Ansätzen. Denn schaffen wir das nicht, brauchen wir uns auch über Generationengerechtigkeit keine Gedanken mehr machen.

Durch das Corona-Virus wird zurzeit viel über Gesundheit gesprochen. Nicht vernachlässigen dürfen wir die psychische Gesundheit, denn auch diese leidet unter der Pandemie und ihren Maßnahmen. Als Beispiel und stellvertretend für alle psychischen Erkrankungen möchte ich die Schlafstörung heranziehen. Jeder muss schlafen und wir alle wissen, wie überlebensnotwendig erholsamer Schlaf ist. Schlafentzug ist unter anderem eine gängige, bewährte und beliebte Foltermethode. Und stellen Sie sich vor, wenn Schlafstörungen Monate, Jahre und Jahrzehnte anhalten. So schutzlos wir im Schlaf sind, so machtlos scheinen wir auch zu sein, einzusehen, dass wir krank sind und Hilfe benötigen, wenn Schlafstörungen zum Dauerzustand werden. Menschen fällt es mitunter am schwersten anzuerkennen, dass sie erkrankt sind, weil das gesellschaftliche Bild entsprechend negativ festgefahren und voller Stigmatisierungen gegenüber psychischer Erkrankungen ist. Schlafstörung ist eine der häufigsten Symptome, die Diagnosen psychischer Erkrankungen begleitet und einer der wenigen, die wir wohl ausnahmslos alle kennen. Psychische Gesundheit darf gerade jetzt nicht vernachlässigt werden. Meine Fraktion unterstützt daher sämtliche psychosoziale Einrichtungen und solche, die zum Ziel haben, die psychische Gesundheit in unserer Gesellschaft und bei Einzelnen zu verbessern. Auch die Wehrlosesten der Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren ist Generationengerechtigkeit.

Auf einer Seite Geld auszugeben, bedeutet auch, auf der anderen Seite weniger ausgeben oder mehr einnehmen zu müssen. Als erstes sei hier gesagt, dass unser eingeschlagener Weg, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Ressourcen zu bündeln, weiter verfolgt werden muss. Denn das spart unter dem Strich viel Geld.

Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, den Kommunalen Ordnungsdienst in Karlsruhe abzu-

schaffen. Mit ihm erfüllen wir Aufgaben des Bundes und des Landes, für die wir in Karlsruhe keine Mittel haben. Es sollte dringend weiterhin Druck auf andere politische Ebenen ausgeübt werden, dass mehr Polizistinnen ausgebildet und eingestellt werden, die dort eine ordentliche Ausbildung durchlaufen und auch bei tatsächlichen Straftaten eingreifen können. Der KOD kann das nur sehr bedingt und trägt damit kaum zu einer objektiv besseren Sicherheitssituation in unserer Stadt bei. Stattdessen trägt er zu einem teilweise verbesserten subjektiven Sicherheitsgefühl eines kleinen Kreises bei. Aber in Zeiten eines angespannten Haushaltes können wir uns nicht leisten, auf Gefühle einzugehen, wenn die Faktenlage dagegenspricht. Hier können wir viel Geld sparen. Wir sollten unseren Fokus statt auf ordnungspolitische Maßnahmen auf die sozialpolitischen Maßnahmen richten, die betroffenen Menschen tatsächliche Auswege anbieten. Auch wenn das die konservativen Verbotsparteien nicht gerne hören, fordern wir statt Alkoholverboten und Videoüberwachung, mehr Sozialarbeit und den Ausbau des A³ und des Drogenkonsumraums. Gesparte Gelder müssen auch hierhin fließen, etwa zur Verlängerung der Öffnungszeiten und Stärkung des Personals.

Einiges Geld sparen können wir auch beim Bauen und Planen. Als die Partei, die noch im Wahlkampf forderte, unserem Ruf der immerwährenden Baustellenhauptstadt gerecht zu werden, tut uns diese Forderung heute besonders weh. Dennoch muss sie sein: In den beiden folgenden Haushaltsjahren wird kein Geld mehr vorhanden sein für nicht zwingend erforderliche Großbauprojekte. Um uns alle im entscheidenden Moment eines Verwaltungsbegehrens zu geißeln, fordern wir schon heute, dass der Satz für Unvorhergesehenes bei neuen Bauprojekten und Modernisierungen deutlich steigen muss. Fragen Sie sich gerne selbst, ob Sie einer Kombilösung, einem Wildparkstadion, einem Staatstheater oder einer Stadthalle auch Ihre Zustimmung gegeben hätten, wenn wir von vorneherein mit den nun realen Kosten konfrontiert gewesen wären. Und einmal bei der Fertigstellung eines so breit angelegten Projektes noch Budget über zu haben, welches zurück in den Stadtsäckel fließt, kann sicherlich so tragisch nicht sein.

Um unseren ÖPNV zu stärken und Verluste unserer Tochtergesellschaften auszugleichen, schlagen wir des Weiteren vor, eine erste und zweite Klasse in unseren Straßenbahnen einzuführen. So gelangt vor allem das Geld der Gutverdienenden in unsere Stadtkasse. Und wir geben den Reichen und Wohlhabenden als weitere Verlierer der Pandemie etwas zurück. Immerhin sind sie es, die ihrer tagtäglichen Unternehmungslust beraubt wurden. Sie sind es, die das Öffnen von Jahrmärkten, Theaterhäusern und Bordellen erst rechtfertigen. Sie sind die Verlierer dieser Krise, weil sich ihr ganzes Leben abrupt geändert hat, während sich für den ärmeren Teil der Bevölkerung weniger änderte. Das ist der erste Teil eines großen Maßnahmenpakets, welches wir auf den Weg bringen müssen - mit dem Ziel, wohlhabende Karlsruherinnen bei Laune zu halten und ihnen für ihre gutmütige Unterstützung unserer Wirtschaft zu danken. Außerdem haben Zweiklassensysteme noch nie geschadet, wie unser Gesundheitssystem zeigt.

Ein Dorn im Auge ist uns ebenfalls das Parken in Karlsruhe. Hier liegt viel Geld auf der Straße, das wir nur einsammeln brauchen. Lassen Sie mich ein paar wenige Sätze dazu sagen, was wir vom Parken als Abfallprodukt des Autos halten: 40 % aller Unfälle passieren beim Parken, Parken ist also ziemlich gefährlich. Man muss sich das mal vor Augen führen: Im Schnitt geben wir 36.200 Euro für einen im Schnitt 1.400 kg schweren Metallklumpen mit durchschnittlich 127,9 PS aus. Aber anstatt damit frei wie der Wind im Sonnenuntergang die Küstenstraße entlang zu sausen, parken wir zu 95 % der Zeit. Und die restlichen 5 % poltern wir angepisst durch den Berufsverkehr. 10 von 60 Minuten am Tag sind wir auf Parkplatzsuche. Der Parkplatzsuchverkehr macht 30 % des Stadtverkehrs aus. Haben wir erstmal einen Parkplatz gefunden, steht die

Karre anderen im Weg rum. Auf einen normalen Parkplatz passen immerhin ein Baum, eine Bank, zwei Fahrräder und - Vorsicht, die machen Schmutz – einige Menschen. Es ist also festzustellen, dass Parken auch noch sehr unsolidarisch ist, was nicht auch noch durch billige Preise belohnt werden darf. Andersrum wird ein Schuh draus: Parkgebühren müssen wesentlich teurer werden, dass Parken bald noch weniger Spaß macht. Denn wenn das dazu führt, dass sich einige das mit dem Auto oder dem Zweit- und Drittwagen nochmal überlegen, sind wieder ausreichend Parkgelegenheiten für andere vorhanden. Und wenn nicht, bringt es der Stadtkasse wenigstens mehr Einnahmen.

Meine verehrte Anwesenden, lassen Sie mich anfügen, dass die Innenstadt den zu Fuß Gehenden gehört, und der motorisierte Individualverkehr gehört - besser bereits gestern als morgen - aus ihr verbannt. Dass zukünftige Generationen noch frei mit dem Innenstadtraum planen können, dass weiterhin Freiflächen vorhanden sind und dass unsere Stadt nicht flächendeckend vom Verkehr und seinen Ausscheidungen belastigt wird, sondern atmet, das ist für uns tatsächliche Generationengerechtigkeit.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich ein kleines Fazit ziehen: Nur Investitionen bringen Stabilität. Diese müssen natürlich kritisch beäugt und zukunftsfähig priorisiert werden. Aber klar ist, dass eine volle Stadtkasse niemandem etwas bringt, wenn bewährte Angebote und Projekte kaputtgespart worden sind. Lassen Sie uns den anstehenden Doppelhaushalt im Zeichen der Generationengerechtigkeit also mutig anpacken. Meine Fraktion jedenfalls setzt sich dafür ein, dass kluges Sparen mit nachhaltigem Investieren gepaart wird, bei dem man die Möglichkeiten der Einnahmensteigerung nicht vernachlässigen darf. Die Priorität muss hierbei bei den Handlungsfeldern Umwelt, Nachhaltigkeit, Klima, unserer Sozial- und Kulturlandschaft, Gesundheit sowie bei denen am stärksten durch die Corona-Pandemie eingeschränkten Menschen liegen: den Kindern, Jugendlichen und Familien und sämtlichen einkommensschwachen Personen in unserer Stadt.

Generationengerechtigkeit, meine lieben Anwesenden, ist keine Einbahnstraße. Auf einer Seite verlangen wir von den folgenden Generationen, dass sie in die Rentenkasse einzahlen, dass sie unsere Gesellschaft bereichern, dass sie Lösungen für Probleme finden, für die selbst wir kaum Ansätze haben, und auf der anderen Seite kommen wir selbst den Erwartungen künftiger Generationen nicht hinterher, vor allem im Hinblick auf den Klimaschutz. Alle Ausgaben müssen stetig auf ihre Auswirkungen bezüglich Nachhaltigkeit überprüft werden. Denn schon jetzt sind die Meere und Ozeane irreversibel zugemüllt, Lebensräume

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin, noch eine Minute!)

für Mensch - und Tier sowieso - ausgelöscht und ein solches Artensterben wie heute gab es zuletzt, als die Herrscher des Planeten kurz darauf zugrunde gingen, die Dinos. Weder weiß ich, wie der Teufel aussieht, noch kann ich sonderlich gut Dinge an die Wand malen aber lassen Sie mich Ihnen sagen: Wenn wir das mit der Generationengerechtigkeit nicht hinkriegen, wird ziviler Ungehorsam zum guten Ton gehören und der Begriff Generationengerechtigkeit eine neue Bedeutung erlangen, eine, die uns vielleicht nicht gefallen wird. Ich danke Ihnen für das Zuhören!

(Beifall bei KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Schnell (AfD) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, bei der Einbringung des Haushalts am 19. Oktober sagte Herr Dr. Mentrup in seiner wie immer routiniert vorgetragenen, mittlerweile wohl sechsten Haushalts-Rede: „Die fetten Jahre sind vorbei.“ Vielleicht täusche ich mich ja, aber für mich klingt das eher nach „Wir sind im Grunde pleite“. Doch ich bin bezüglich Haushaltsreden ja ganz unroutiniert, das ist schließlich meine allererste. Und er sagte weiter: „Wir müssen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in unvorstellbarer Weise reduzieren.“ Müsste das nicht eher heißen: „Wir haben ganz bewusst bislang die Augen vor den Realitäten verschlossen und reduzieren überall bei allem, nur nicht da wo die Grünen unbedingt mehr Geld ausgeben wollen?“ Zu den wenigen Ausnahmen der Nichtreduktion komme ich später noch.

Bleiben wir zuerst mal beim vermeintlich „Unvorstellbaren“. Vermeintlich deshalb, weil das bereits seit längerem nicht nur vorstellbar, sondern ziemlich klar war – auch für mich, der ich erst seit 2019 im Gemeinderat bin. Seit ich an Ausschusssitzungen teilnehme, also seit dem Herbst 2019, sei es in der Strukturkommission oder auch in anderen Gremien, bekamen wir Stadträte regelmäßig eine ziemlich klare Perspektive aufgezeigt, wohin die Reise der Stadt Karlsruhe finanziell in der Zukunft gehen wird: Dass sich Einnahmen und Ausgaben in naher Zukunft gravierend auseinanderentwickeln werden. Auch die drei Themen

1. Aufgabenkritik und Standards, das bedeutet, sollen wir uns all das und in diesem Umfang leisten, was wir uns leisten?
2. Tragfähigkeitsanalyse, das heißt, können wir uns etwas überhaupt leisten?
3. Finanzielle Generationengerechtigkeit, also die Schulden, die wir für künftige Generationen anhäufen,

wurden angeschnitten. Ganz subjektiv hatte ich jedoch den Eindruck, dass all dies meine Stadtratskollegen nicht sonderlich beeindruckte. Ich hingegen fand vieles von dem, was ich damals hörte, alarmierend.

Aus gutem Grund beantragte daraufhin die AfD, dass die Sitzungen der Strukturkommission öffentlich sein sollten. Aber klar, die Stadträte der etablierten, eher linken Parteien, also alle anderen - und auch die Stadtverwaltung selbst - lehnten diesen Antrag ab. Wo kämen wir da hin, wenn die Bürger plötzlich die ungeschminkte Wahrheit über die finanziellen Perspektiven der Stadt erfahren würden? Und das alles geschah bereits vor Corona. Die erste Bürgermeisterin hat das klar und deutlich in ihrer Rede zum Ausdruck gebracht, als sie sagte, dass die Pandemie nur das Fass zum Überlaufen gebracht hat und sich der Haushalt bereits davor in einer strukturellen Schieflage befand. Solche Hinweise gab sie auch bereits vor einem Jahr, sprich, wer jetzt das Finanzdesaster Karlsruhes alleinig dem Virus in die Schuhe schieben will, handelt unredlich. Damals stand die Landtagswahl an und da wollten andere Fraktionen des Gemeinderats dem Bürger natürlich keine bitteren Pillen zu schlucken geben, sondern ganz im Gegenteil der eigenen Klientel ein paar Geschenke aus dem städtischen Füllhorn verabreichen.

Deshalb wurde der letzte Haushalt von Ihnen allen wider besseres Wissen weiter aufgeblasen, beziehungsweise Sie verweigerten es, Verantwortung zu zeigen und Vorschläge für Kürzungen einzubringen. Nur die AfD hat bereits in den Beratungen zum letzten Haushalt signifikante Einsparvorschläge in zweistelliger Millionenhöhe gemacht. Die haben Sie alle natürlich abgelehnt – es waren ja Anträge von der AfD. Darunter auch Dinge, die die Stadt jetzt als Sparmaßnahme

selbst vorschlägt, ich sage da nur: Erstwohnsitzkampagne. Schön, dass wir die Streichung dieser Kampagne nicht umsonst seit 2014 immer wieder gefordert haben.

Kommen wir nun zu den wenigen Ausnahmen, von denen beim Sparen abgesehen werden soll. Diese Ausnahmen lesen sich so, als hätte sie die Fraktion der GRÜNEN der Stadt vorformuliert. Ich meine, mich an einen Vertragstext zu erinnern, der da lautete: "Das Klimaschutzkonzept 2030 wird konsequent umgesetzt und die erforderlichen Personal- und Finanzressourcen werden bereitgestellt." Aber vielleicht irre ich mich da auch.

Denn beim sogenannten Klimaschutz soll nicht nur nicht gespart werden, nein, da soll künftig noch mehr Geld als bereits bisher ausgegeben werden. Nach fast 20 Mio. Euro in diesem Jahr, sollen hier die Ausgaben auf 27 Mio. Euro im kommenden Jahr und auf schwindelerregende 34 Mio. Euro im Jahr 2023 steigen. Also ein Plus von fast 70 % in nur zwei Jahren. Und zu den für 2021 bereits bewilligten 15 zusätzlichen Stellen für den sogenannten Klimaschutz sollen jetzt noch einmal bis zu zehn Stellen dazukommen. Dieser sogenannte Klimaschutz ist bei genauerem Hinsehen aber eine Mogelpackung, tatsächlich geht es hier um die Umerziehung der Bevölkerung.

(Zurufe; Unruhe)

Denn darunter finden sich Positionen wie, Zitat: "Regulation MIV1-Einfuhr im Innenstadtbereich" oder „Schaffung stellplatzfreier Bereiche und Quartiere im öffentlichen Raum“. Übersetzt sich das nicht zu: Wir wollen die Autos aussperren, die Karlstraße zur Fußgängerzone machen, den Tunnel vor dem Schloss dichtmachen, Parkhäuser abreißen und Parken am Straßenrand abschaffen? Diese und andere Nickligkeiten muss natürlich auch jemand planen. Darum also die neuen Stellen.

Und wofür diese 61 Mio. Euro in den nächsten zwei Jahren? Um in 15 Jahren Karlsruhevielleicht CO₂-neutral zu machen, den Karlsruher CO₂-Ausstoss von rund 2,5 Mio. Tonnen pro Jahr zu bringen. 2,5 Mio. t, das ist ungefähr die Menge, um die Russland und China in gerade mal zwei Tagen ihr CO₂-Aufkommen steigern! Also nur die Steigerung pro Tag gegenüber dem Vorjahr, nicht etwa deren täglicher Gesamtausstoß. Folgerichtig sind daher sowohl aus China als auch aus Russland gar keine relevanten Regierungsmitglieder zum gerade stattfindenden Klimagipfel in Glasgow angereist. Gemäß Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 dürfen diese und andere „Entwicklungsländer“, wie zum Beispiel Indien oder die Türkei bis 2030 genau so weitermachen. Die Anstrengungen, zu denen sich Deutschland verpflichtet hat, werden somit nicht nur konterkariert, nein sie verpuffen, ohne auch nur die geringste Auswirkung auf das Weltklima zu haben. Sie sind nichts anderes als ein Tropfen auf einen immer heißer werdenden Stein. Was wir hier in Karlsruhe also tun, ist für das Weltklima belanglos, solange andere ihre CO₂-Emissionen unbegrenzt steigern. Hören Sie also endlich auf, den Menschen weis zu machen, mit irgendwelcher operativen Hektik und sinnlosen Ausgaben für vermeintlichen Klimaschutz könnten wir hier in Karlsruhe irgendetwas ändern. Soviel Ehrlichkeit sollte sein.

Wir lehnen dabei nicht alles ab, was unter dem Etikett Klimaschutz läuft. Wenn zum Beispiel bei abgängiger Straßenbeleuchtung, die ohnehin ersetzt werden muss, dann gleich auf energieeffiziente, langlebige LED-Leuchtmittel umgestellt wird, begrüßen wir das. Das hat unseres Erachtens allerdings weniger mit Klimaschutz zu tun, als vielmehr mit gesundem Menschenverstand.

Und zum „Reduzieren“ von dem der OB sprach: Schauen wir dazu doch einfach mal in das bislang vorgelegte 10-Punkte-Programm. Da stehen zur Verbesserung des Ergebnishaushalts satte 65,5 Mio. Euro für 2022 und sogar 73,5 Mio. Euro für 2023, also 139 Millionen Euro Defizitmin- derung. Wow! Das klingt erst mal eindrucksvoll.

Darunter sind aber fast die Hälfte, ca. 60 Mio. Euro Einmaleffekte, denn wir verfrühstücken in diesem Doppelhaushalt mal eben einen großen Teil des Eigenkapitals städtischer Betriebe, in dem wir deren Defizit nur noch in Teilen ausgleichen. Am strukturellen Defizit des Haushalts ändert das aber nichts. Denn im darauffolgenden Doppelhaushalt 2024/25 ist das nicht noch einmal wiederholbar. Man sieht: Während sonst in bald jeder städtischen Vorlage, beinahe wä- re man versucht zu sagen, jedem Antrag der GRÜNEN, die Vokabel „nachhaltig“ bis zum geht nicht mehr strapaziert wird, enthält dieser Haushaltsentwurf nicht die Spur von Nachhaltigkeit.

Neben diesen Einmaleffekten enthält das 10-Punkte-Programm weitere 36 Millionen Euro zu- sätzlicher Steuern und Abgaben. Ganz nach Berliner Vorbild, die Bürger weiter schröpfen, die Staatsquote weiter steigern – sie liegt übrigens mittlerweile bei über 50 % in Deutschland. Das heizt die Inflation an, von der Menschen mit niedrigem Einkommen besonders betroffen sind.

Ein Plus von 20 Prozentpunkten ist bei der Gewerbesteuer vorgesehen. Das soll mal schnell 28,4 Millionen Euro Mehreinnahmen für diesen Doppelhaushalt bringen – sofern kein nennenswer- ter Zahler, dem die Karlsruher Standards bereits heute mächtig auf den Geist gehen, darob die Fliege in den Landkreis oder in die Südpfalz macht, wo justament riesige Gewerbeflächen neu ausgewiesen werden.

Und auch beim Grundsteuerhebesatz gibt es 20 %-Punkte obendrauf. Das trifft die, die mit gro- ßen Mühen ihr frisch zu Karlsruher Wahnsinnspreisen erworbenes, selbstgenutztes Wohneigen- tum abstottern, ziemlich heftig. Auch Mieter bleiben davon nicht verschont, denn deren Haus- besitzer können das als durchlaufenden Posten einfach auf die Nebenkosten umlegen. Der hier anwesende Autor des Werkes „Auf dem Weg zur sozialen Stadt“, in dem es um Wohnbedin- gungen geht, hat dabei womöglich etwas Magengrummeln. Das aber muss zurückstehen, denn zur vermeintlichen Rettung des Weltklimas darf natürlich kein Karlsruher Opfer zu groß sein.

Ebenso darf der bei der städtischen Verwaltung und der politischen Mehrheit so verhasste Au- tofahrer zwei zusätzliche Millionen zum Klimaschutz beitragen. Es sollen weitere Blitzer gekauft werden, um ihn künftig so richtig abzumelken. Ob der sich das aber so wie geplant auch gefal- len lässt? Er könnte mit dem Auto auch andernorts zum Einkaufen fahren oder gleich online bestellen. Das kostet Arbeitsplätze und Umsätze im Karlsruher Einzelhandel und bedeutet da- mit letztendlich auch verringerte Steuereinnahmen für die Stadt. Vielleicht fährt er aber auch tatsächlich mit der Tram oder noch besser mit dem Rad ganz im Sinne der Mobilitätswende künftig in die Stadt, statt sich noch mehr Knöllchen als bislang abzuholen. Dann jedoch wird das mit den erhofften Mehreinnahmen schwierig. Denn verschärfte Kontrollen radfahrender Rüpel zur Einnahmengenerierung sind dabei wohlweislich nicht durch die Stadt vorgesehen.

Bleiben also grade mal 42 Mio. Euro echte Einsparungen für den gesamten Doppelhaushalt, das heißt, nur etwa 30 % des 10-Punkte-Programms. Das ist so überall ein bisschen. Aber wie for- mulierte Herr Dr. Mentrup weiter: „Aktuell planen wir lediglich eine Halbierung des Defizits. Von einer schwarzen Null sind wir leider noch ein gutes Stück entfernt.“

Bedeutet das nicht viel eher: „Auch mit einem Taschenspielertrick zur Finanzierung des Haushalts, der genau einmal funktioniert, und mit höheren Steuern und Abgaben, deren Realisierung in geplanter Höhe nicht wirklich sicher ist, schaffen wir es nicht, das Defizit strukturell und nachhaltig zu verringern.“

Hatte ich eigentlich schon auf die juristische Wackeligkeit der bereits eingepreisten, städtischen Verpackungssteuer, die ebenfalls Millionen bringen soll, hingewiesen?

Auch wenn aus mehreren Ecken zu hören war, die Stadt stelle uns hier einen Haushaltsentwurf vor, der so ziemlich alternativlos ist und deshalb abzunicken sei, weil andernfalls das Regierungspräsidium ihn als nicht genehmigungsfähig zurückweist, sage ich Ihnen: Dem ist nicht so, meine Damen und Herren. Wir müssen den Erhöhungen von Steuern und Abgaben nicht willenslos zustimmen. Wir können sie auch ablehnen. Wir müssen der Stadt nur Alternativen dazu aufzeigen, wo sie sinnvoll sparen kann, anstatt die Karlsruher Bürger immer weiter zu schröpfen. Dazu braucht es Mut. Und diesen Mut zur Wahrheit hat die AfD, die Alternative für Deutschland, und damit auch für Karlsruhe.

Wir werden Ihnen mit unseren Anträgen zum Haushalt zeigen, wo man wirklich und wahrhaftig dauerhaft sparen kann. Wir müssen nur den Tanz um das goldene Kalb Klimaschutz einstellen und Zusatzleistungen für Asylbewerber sukzessive auf Spendenbasis umstellen. Denn anders als Frau Göring-Eckhard, derzeit noch Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag, sind wir nicht der Ansicht, dass wir Zuwanderer brauchen die, ich zitiere, „in unseren Sozialsystemen zuhause sind und sich auch zuhause fühlen können.“

Ich fasse zusammen: Statt die Bürger im Unklaren zu lassen, mehr Transparenz bei den Finanzen. Keine populistischen Geschenke für irgendwelche Soziallobbygruppen, sondern solche Auswüchse zurückschneiden. Kein Umerziehen von Karlsruher Wirtschaft und Bevölkerung unter dem Deckmäntelchen des sogenannten Klimaschutzes, sondern aufhören, sie immer weiter zu schröpfen. Damit könnten wir es schaffen, die Karlsruher Finanzen wieder in sicheres Fahrwasser zu navigieren, sofern eine Mehrheit in diesem Gemeinderat den Mut dazu aufbringt.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) vom Rednerpult sprechend: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Generationengerechtigkeit ist für uns als LINKE. der rote Faden durch diesen Haushalt. Wir brauchen einen vorsorgenden und fürsorgenden Staat, eine solidarische Gesellschaft und eine soziale Kommune.

Künftige Generationen haben in erster Linie nicht mit Geldschulden zu kämpfen, sondern mit sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen. Diese Verwerfungen werden von Politiker*innen auf allen Ebenen geschaffen - mit falschen rückwärtsgewandten, unsolidarischen und unsozialen Entscheidungen – und mit einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen.

Fehlender bezahlbarer Wohnraum, marode Mietshäuser, fehlende Pflegekräfte, überfällige Schulsanierungen, der dringend auszubauende ÖPNV und nicht zuletzt die massiven Klimaveränderungen sind einige der Probleme, mit denen sich künftige Generationen konfrontiert sehen. Warum? Weil wir als Kommune in Zeiten niedrigster Zinsen nicht mehr in die Zukunft investieren sollen, als eine „schwarze Null“ und das Regierungspräsidium es erlauben. Während unsinnige Großprojekte wie die U-Strab die Verschuldung der Stadt heftig in die Höhe getrieben

haben. Wir müssen umdenken.

Ich sage: Schluss mit unsinnigen Prestigeprojekten und weiterem Straßenbau. Wir müssen die zur Verfügung stehenden Mittel dringend umverteilen. Ich plädiere dafür, alle angedachten/geplanten Großprojekte und Straßenbauvorhaben für den Autoverkehr auf den Prüfstand zu stellen.

Für uns stellen sich die Fragen:

- Wie können wir aus schon geplanten oder angedachten Projekten aussteigen oder sie zumindest solange schieben, bis die Zeit und der Haushalt der Stadt es erlauben?
- Wie werden sich die Baukosten nach den aktuellen Preissteigerungen bis zur Fertigstellung entwickeln und ist das dann nach derzeitigen Einschätzungen überhaupt zu verantworten?
- Schaffen wir das unter den derzeitigen Rahmenbedingungen?
- Muss die Realisierung jetzt sein?
- Ist ein Projekt später überhaupt noch notwendig?

Wir können doch nicht gerade jetzt, wo so viele wichtigere und dringendere Maßnahmen nötig wären, weiteres Geld in den Boden versenken und zum Beispiel den Bodenbelag der Kaiserstraße vergolden. Stattdessen sollten wir zum Beispiel lieber lange überfällige Schul-sanierungen vorantreiben.

Abgesehen davon wären vermutlich auch der Einzelhandel vor Ort froh über eine Atempause in Sachen Baustelle. Deshalb lassen Sie uns die sympathische Patina der Kaiserstraße mit ihrem bisherigen Bodenbelag erhalten.

Auch neue Autostraßen in der Art der „Umfahrung Hagsfeld“ oder nicht zwingende Straßensanierungen müssen nicht ausgerechnet jetzt angegangen werden, wo allein schon das notwendige Baumaterial fehlt oder Preise in die Höhe geschossen sind.

Kritik an der Regierungspolitik von Bund und Land. Die Parteien in den jeweiligen Regierungen tragen eine große Verantwortung für die Finanzmisere im Allgemeinen und für die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Die von den Regierungsparteien in den letzten 20 bis 30 Jahren propagierte Schuldenbremse und die von Olaf Scholz gepriesene „schwarze Null“ haben den Gestaltungsspielraum und die Handlungsmöglichkeiten der meisten Kommunen massiv beschnitten. Kommunen nur als Mangelverwalter? Unter diesem arroganten Regierungshandeln leidet alles, was für ein fürsorgendes, soziales und solidarisches Gemeinwesen notwendig wäre. Nicht ohne Grund wachsen die sozialen Verwerfungen im Land. Karlsruhe mag das noch nicht so deutlich spüren, wie andere Kommunen. Aber ist das zukunftsorientiert?

Wir müssen alle Möglichkeiten zu nutzen, die zur Verfügung stehenden Mittel anders zu verteilen - umzuverteilen auf die Projekte und die Menschen, die es wirklich brauchen.

Sozialer Wohnungsbau und Mieten. Wohnen in der Stadt darf nicht zum Luxusgut werden. Deshalb muss mehr bezahlbarer Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen geschaffen werden. Die Menschen in der Stadt brauchen vor allem sozialen Wohnungsbau und keine teuren Luxusapartements. Der Maßstab muss deshalb bei sozialen Mieten angesetzt

werden, insbesondere für Familien, für Rentner*innen und für Studierende. Dazu fordert DIE LINKE. bei allen Wohnbauprojekten eine 50 %ige Sozialbindung. Für den Haushalt fordern wir eine Erhöhung der öffentlichen Förderung über das Karlsruher Wohnungsförderungsprogramm. Mehr Neubau von preiswerten Wohnungen und mehr Ankauf von Belegungsbindungen ist unser Ziel. Die Stadt muss im Bereich Wohnungsbau noch stärker strukturierend eingreifen. Deshalb fordern wir die Stadt auf, gerade auch für Bestandsimmobilien mögliche Vorkaufsrechte zu nutzen!

Steigende Energiekosten. Wir werden erleben, dass immer mehr Menschen im Winter in kalten Wohnungen frieren. Die steigenden Energiepreise haben zur Folge, dass manche sich das Heizen nicht mehr leisten können. Das ist jedoch kein Beitrag zum Klimaschutz sondern bittere Not, die gerade in der Coronakrise noch sichtbarer wurde und mit den steigenden Energiepreisen für viele Haushalte kaum noch anders zu stemmen ist. Da finden wir auch die Ansage von Herrn Habeck, dass die Übernahme der Energiekosten bei Sozialhilfeempfängern nur dazu führen würden, dass bei geöffnetem Fenster die Heizung aufgedreht wird, sehr zynisch und inakzeptabel.

Als DIE LINKE. fordern wir

- den Erlass, der während Corona aufgelaufenen Energieschulden für Privathaushalte, Soloselbstständige und Kleingewerbe.
- den Ausbau der Energieberatung und den Austausch von alten Energie fressenden Küchengeräten in energiesparende Modelle.

Zu den Belastungen, die wir heute durch unsere zögerlichen Entscheidungen schaffen, gehört insbesondere der Klimawandel. Versäumnisse im Klimaschutz und die fehlende Bereitschaft zu entsprechenden Investitionen verschärfen auch die sozialen Verwerfungen und die Belastungen, mit der künftige Generationen leben müssen. Deshalb fordern wir die umfassende zeitnahe Umsetzung des Klimaschutzpaketes. Das 1,5 °C-Ziel des Pariser Klimaabkommens könnte bereits in wenigen Jahren überschritten sein. Das ist die Befürchtung der jüngsten Klimaschutzkonferenz. Und nach den Ergebnissen des G20-Gipfels zweifelt kaum noch jemand daran, dass wir bereits Mitte des Jahrhunderts über die 2,5 °C Erwärmung hinausgeschossen sind. Für alle, die es noch nicht begriffen haben, diese Erwärmung zerstört die Lebensgrundlage vieler Menschen auf dieser Erde. Aber diejenigen, die dafür verantwortlich zu machen sind, werden das wohl nicht mehr miterleben müssen. Die heutige Jugend muss das ausbaden, was Generationen vorher an falschen Entscheidungen getroffen haben. Nur um des Sparens willen? Wohl doch eher aus Gründen der Gewinnmaximierung für einige wenige.

Aber auch für die Menschen in Karlsruhe ist Klimaschutz überlebenswichtig, nicht nur in den zu erwartenden weiteren Hitzesommern. Die klimaneutrale Stadt und Verwaltung ist ohne energetische Sanierung der Verwaltungsgebäude und Schulen und einer deutlichen Einschränkung des Autoverkehrs nicht zu machen! Der Verzicht auf den Komfort eines privaten PKW bedeutet nicht Verzicht auf ein schönes Leben. Statt weiteren Raum für Blechlawinen oder Stehzeuge zu schaffen, sollten wir das knappe Geld zugunsten des Ausbaus des öffentlichen Raums für Fußgänger*innen und Fahrrädern einplanen. Der Ausbau des ÖPNVs ist unverzichtbar und steht für uns ganz oben auf der Liste.

Dazu gehört aber auch, dass Mobilität für alle gewährleistet wird, für junge und für ältere Men-

schen. Deshalb fordern wir heute für alte Menschen mit niedrigen Renten und für junge Menschen bis 25 Jahren den ticketfreien Nahverkehr. Die Finanzierbarkeit sollte mittelfristig unter anderem über eine Nahverkehrsabgabe gesichert werden.

Generationengerechtigkeit ist weder mit Autostaus noch mit Sanierungsstaus zu erreichen. Sanierungsbedürftige Schultoiletten und Verwaltungsgebäude, werden, wie die Versäumnisse im Klimaschutz Schulden, die, wenn sie weiter geschoben werden, immer teurer werden für künftige Generationen. Deshalb sind Generationen- und Chancengerechtigkeit für uns die Hauptkriterien, nach denen öffentliche Haushalte auch im Bildungsbereich, in der Jugend- und Sozialpolitik und der Kultur zu gestalten sind.

Nicht erst durch die Coronapandemie bedingt, gibt es eine eindeutige Schieflage in unserer Gesellschaft. Sie wurde durch Corona nur noch deutlicher sichtbar. Corona hat allen zugesetzt, aber einigen Menschen mehr als anderen. Die Zahl der Reichen wächst sogar in der Pandemie, aber noch viel mehr wächst die Zahl armer und von Armut bedrohter Menschen. Das sind die Belastungen, mit denen künftige Generationen zu kämpfen haben, nicht mit eventuellen Geldschulden.

Während der Corona-Pandemie wurde sichtbar, was bislang viele gerne verdrängt hatten:

- Der Personalmangel in Krankenhäusern und in der Pflege.
- Fehlende Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen.

Heute wissen endlich auch viele Betroffene woran es liegt. Es sind die schlechten Arbeitsbedingungen und Einkommen in diesen ehemals typischen Frauenberufen im sozialen Bereich. Deshalb fordern wir zumindest eine Anerkennung für die nach wie vor besonders belasteten Mitarbeiter*innen im Klinikum und fordern eine kommunale Zulage für ihre wertvolle Arbeit - die sie nicht nur während der Pandemie jeden Tag für uns leisten.

Die Menschen werden immer älter und alte Menschen werden mehr und brauchen Pflege, bezahlbar und menschenwürdig für alle Beteiligten. Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen und Löhne. Nur so wird Pflege eine berufliche Perspektive und ein attraktiver Arbeitsbereich, für die dringend gebrauchten Nachwuchskräfte in den nächsten 20 bis 30 Jahren. Damit Menschen im Alter gut versorgt und betreut in Würde leben können und auch die pflegenden Angehörigen entlastet werden. Wir müssen auf allen politischen Ebenen dafür streiten, dass mehr Mittel von Bund, Land und aus den Pflegekassen für die Pflege zur Verfügung gestellt werden. Prekäres Arbeiten gerade in diesem wichtigen Bereich ist nicht länger zu tolerieren.

Personalmangel herrscht aber auch in den Kommunen. Die öffentliche Verwaltung muss für junge Menschen interessanter und attraktiver werden. Deshalb sind gute Tariflöhne, Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten wichtig. Gehaltskürzungen oder Einfrieren von Gehältern geht gar nicht! Auch nicht in den städtischen Gesellschaften und Betrieben! Die Sicherheit des Arbeitsplatzes und sichere Einkommen sind ebenso wichtig wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht vereinbar ist das mit weiterer Arbeitsverdichtung. Gleichzeitig steigen Anforderungen durch Digitalisierung und mehr Bürgerservice.

Was wollen wir? Eine gut funktionierende Verwaltung mit kurzen Wartezeiten für alle notwendigen Dienstleistungen. Dann darf eine junge Familie nicht 2 bis 3 Monate auf eine Geburtsur-

kunde warten müssen.

Unsere Schlussfolgerung: Ein pauschaler Personalabbau nach dem Zufallsprinzip geht gar nicht. Ausscheidende Mitarbeiter*innen einfach nicht mehr zu ersetzen und dann mal schauen? Das ist keine sinnvolle Personalpolitik. Wir brauchen überall in der Verwaltung qualifizierte, motivierte Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen, die auch Wertschätzung erfahren und nicht das Gefühl haben müssen, dass sie nur ein Kostenfaktor sind. Gutes Personal muss investiert werden, Ausbildung, Qualifizierung, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Mittagsverpflegung. Dazu sollten wir Aufgaben, die schon ausgegliedert wurden, wieder eingliedern. Das betrifft insbesondere einfache Tätigkeiten wie Reinigungsdienste, Hausmeister oder Kantinenservice für alle städtischen Ämter. Das sind Tätigkeiten, die oft ausgelagert mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Und die Beschäftigten werden dann zu Bittstellern beim Amt und müssen Aufstockung nach Hartz IV oder Kosten zur Unterkunft beantragen. So werden Gewinne der Unternehmen mit Steuergeldern subventioniert. Das sollten wir dringend abstellen.

Ich fordere unsere Manager und die Verwaltungsspitze auf, ihre Einkommen zu prüfen und sich zu fragen, ob ihre Gehälter und Boni-Zahlungen in Zeiten von „Sparhaushalten“, mit all den Streichungen und Kürzungen für die anderen noch gerechtfertigt sind, oder ob hier nicht Verzicht angesagt wäre. Den Gürtel enger schnallen können Menschen mit hohen Einkommen eher verkraften. Im Gegensatz zu denen, die zu der unteren Hälfte von Einkommensbezieher*innen gehören.

Kinder und Jugendliche in Zeiten von Corona haben durch fehlenden Unterricht, durch fehlende Kontakte zu Spielkameraden und Freund*innen eine Menge wegstecken müssen.

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin, noch eine Minute!)

Viele leiden unter den Bildungsdefiziten, unter sozialen und psychischen Störungen bis hin zu Depressionen und Entwicklungsstörungen. Diese Kids brauchen mehr Zuwendung nicht weniger. Dazu gehört für mich auch eine gute Verpflegung. Ein tägliches gemeinsames Mittagessen kann vielen Kindern über manche Defizite hinweghelfen. Deshalb fordert DIE LINKE. für alle Grundschulkinder in Ganztages Schulen das beitragsfreie Mittagessen für alle. Dieses Mittagessen gehört in den Tagesablauf, denn Unterricht ist Teil von Bildung. Weniger Aufwand und Bürokratie in der Verwaltung hilft dann wiederum bei der Finanzierung.

Wie das Essen, gehört auch die Kultur zu einem guten Leben und zum Zusammenhalt einer Gesellschaft. Corona traf besonders hart viele Kulturschaffende, die während der Pandemie kaum ihre Existenz bestreiten konnten. Deshalb sind für Ausstattungsvergütungen für bildende Künstler*innen unverzichtbar. Fördertöpfe dürfen nicht gekürzt werden. Gute Arbeit in der Kultur braucht die Dynamisierung der Zuschüsse, ebenso wie in den sozialen Einrichtungen. Kultur muss auch kritisch und unbequem sein. Gerade deshalb brauchen Künstler*innen und Kulturschaffende die Unterstützung der Gesellschaft und dürfen nicht auf das Wohlgefallen von Gönnern angewiesen sein.

(Der Vorsitzende: Noch 20 Sekunden!)

Mäzenatentum ist deshalb für uns keine Lösung in diesem Zusammenhang. Ich kann nur sagen, wir als LINKE.-Fraktion werden es nicht hinnehmen, dass es einen Sparhaushalt gibt. Wir wer-

den uns dafür einsetzen, dass es zu keinen Kürzungsmaßnahmen kommt, die unserer Vorstellung einer solidarischen und sozialen Stadt widersprechen.

(Beifall bei DIE LINKE.)

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wertvolle Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Vielleicht schaffe ich es, zu fortgeschrittener Stunde Ihre Aufmerksamkeit und Fantasie noch einmal zu gewinnen, indem ich die Haushaltsrede der Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Gemeinderatsfraktion mit einer kleinen Geschichte beginne.

Stellen Sie sich vor, wir befinden uns im Jahr 1715. Ein gewisser Karl hat die Vision einer Stadt im Herzen des Hardtwaldes. Nein, ich spreche heute nicht von unserem Stadtgründer, der sich vielleicht der Probleme und der Schuldenlast seiner Stadt wegen im Grabe umdrehen würde, wenn er das könnte. Ich widme diese Zeilen einen anderen Karl, nennen wir ihn Karl Truhe. Truhe deshalb, weil er seine Habseligkeiten in einer kleinen, hölzernen Truhe aufbewahrt. Unser Karl hat eine siebenköpfige Familie und wohnt in einer Holzhütte außerhalb der Durlacher Stadtmauern und verdient seinen Lebensunterhalt als Fischer an der Pfinz. Tag für Tag bemüht er sich, mindestens ein Dutzend Fische zu fangen, um den Hunger seiner Familie zu stillen. Es sind harte Zeiten, die Lebenserwartung ist niedrig und die Kindersterblichkeit hoch, soziale Fangnetze kennt man noch nicht. Aber ab und an hat unser Karl Glück und er fängt genügend Fische, um einige davon am Markt zu verkaufen oder beim Bäcker gegen Brot und Mehl einzutauschen. Dann kann er vielleicht einen oder zwei Groschen in seiner hölzernen Truhe für schlechtere Zeiten zurücklegen. Denn Karl hat gelernt: auf gute Zeiten folgen auch mal schlechte.

Er fürchtet stets, dass seine kostbare Truhe eines Tages leer sein könnte, dann müsste er sich Geld leihen. Was bedeutet, dass ihm Prügel vom Verleiher oder Schlimmeres drohen, wenn er seine Schuld nicht in der vereinbarten Frist zurückzahlen kann! Daher leben er und seine Familie nie über ihre Verhältnisse hinaus.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, bevor ich zurückkomme zum Hier und Jetzt, erlauben Sie mir bitte noch einen kurzen Blick zurück: 1689, im Geburtsjahr unseres Karl, sind die Franzosen während des Pfälzer Erbfolgekrieges brandschatzend durch Durlach gezogen. Nur wenige Häuser haben die Feuersbrunst überstanden. Seit dieser Zeit haben die Durlacher auf ihren Dachböden stets einige Eimer Wasser und Sand stehen sowie alte Decken gestapelt.

Warum erwähne ich das? Weil ich den Eindruck habe, dass diesem Haus, in dieser Zusammensetzung, die Dialogfähigkeit und die Sachlichkeit bei vielen Themen abhandengekommen und an deren Stelle Ideologie und Populismus getreten sind. Wir Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Fraktion wollen dazu beitragen, diese Kluft als Mittler und Vermittler zu überwinden oder sie zumindest zu schmälern.

Liebe Ratsmitglieder, erlauben Sie mir die Freiheit, an dieser Stelle auszuführen, was wir meinen: Unser Karl Truhe würde schon beim kleinsten Feuerfunken zu Wasser, Sand und Decke greifen um die Flammen schon im Keim zu ersticken. Was glauben Sie, wie ich mir nach den Erfahrungen aus unzähligen Sitzungen in diesem Hause einen solchen Fall vorstelle?

Nun: Für einige Ratsmitglieder käme Wasser zum Löschen nicht in Frage, weil die Kollegen Fench, Schnell und Schmidt dies vorgeschlagen haben! Für andere Ratsmitglieder wäre Sand ein Unding, weil nicht sichergestellt ist, dass dieser die richtige Zertifizierung hat, und letztlich wieder andere Ratsmitglieder würden die Decken ablehnen, da kein unabhängiges Gutachten vorliegt, welches bestätigt, dass diese fair und unter sozialen Aspekten hergestellt und zum Transport kein SUV verwendet wurde! Das Ergebnis vieler solcher ideologisch geprägten, auf Klientelinteressen aber wenig auf Konsens bezogenen Ratssitzungen sehen wir unter anderem, wenn wir in die Schatztruhe unserer Stadt schauen! Sie ist leer!

Wir als parteiunabhängiger Zusammenschluss von freien Wählergemeinschaften erwarten und fordern, dass im Sinne des eigentlichen Souveräns gehandelt und entschieden wird, das heißt, dass stets die Interessen der ganzen Stadt im Auge behalten werden! In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass unsere Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Fraktion schon in der Vergangenheit beim Ausgeben von Geldern sehr zurückhaltend waren, die aus den Taschen des eigentlichen Souveräns, der Bürgerschaft dieser Stadt, des Landes und des Bundes kommen. Denn auch die immer wieder beschworenen Fördergelder sind Gelder die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen schwer und redlich erwirtschaftet haben und die ihnen durch Steuern, Abgaben und Gebühren wieder entzogen werden.

Ich erinnere daran, dass unsere Fraktion schon den letzten Haushalt und die davor für nicht tragbar hielt und abgelehnt hat. Die Mehrheit des Gemeinderates sah das anders. Schlimmer noch, nachdem das Milliardengrab Kombilösung nun langsam, mit viel Verspätung und einer Verdreifachung der ursprünglich angesetzten Baukosten, in die Zielgrade kommt, hat eine Gemeinderatsmehrheit mit dem Umbau des Badischen Staatstheaters, ein weiteres Milliardenprojekt mit unbestimmtem Ausgang und ohne ernsthafte und sachliche Prüfung von kostengünstigeren Alternativen auf dem Weg gebracht. Ich erwähnte das Staatstheater auch deshalb exemplarisch, weil das Projekt zeigt, wie selbst die größten Klima- und Umweltschützer in diesem Haus - wir FW|FÜR Karlsruhe sind hier die Ausnahme - bereit waren, 36 kräftige und gesunde Platanen im Herzen der Stadt zu opfern. Kein Aufschrei, keine Demo - nichts! Stadtklima spielt beim Fällen keine Rolle!

Stadtklima – ein Wort mit einer gewissen Doppeldeutigkeit! Zum einen geht es darum, nach Mitteln und Wegen zu suchen, das Klima oder besser gesagt das meteorologische Mikroklima in unserer Stadt positiv und nachhaltig zu verändern. Zum anderen ist das gesellschaftliche Klima in der Stadtgesellschaft gemeint, das derzeit von Spaltung und Misstrauen geprägt ist. Die Medien haben daran ihren beträchtlichen Anteil, indem sie die Pandemie teilweise über den Maßen aufgebauscht haben. Das führte dazu, dass sich Teile der Bürgerschaft als „Covididioten“ und „Impfverweigerer“ gegenüberstehen. Betrachtet man die kürzlich vorgestellten Zahlen zur COVID-19-Infektion in der Fächerstadt für das Jahr 2020, dem Jahr mit den wenigsten Todesfällen seit 2017, ist sie – Gott sei Dank! - weitaus glimpflicher verlaufen, als es die Schlagzeilen hätten vermuten lassen!

Eine Schlagzeile hätten wir uns die Tage allerdings gewünscht: „Wäre der Stadthaushalt eine Pandemie, müssten wir den Lockdown ausrufen.“

Am Thema Klimaschutz wird – nicht nur nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom März dieses Jahres - kein Weg vorbeigehen! Es geht nicht mehr um das Wollen, sondern um das Müssen! Wir bevorzugen die einfachen, schnell umsetzbaren Maßnahmen und solche, die eine

hohe Wirkung bei dem eingesetzten Geld erwarten lassen. Ein gutes Beispiel ist die gelungene Umgestaltung der Ludwig-Erhardt-Allee und der Kriegsstraße als mit Bäumen eingefasste Boulevards. Stadtbäume sind nachweislich zur Feinstaubbindung, als CO₂-Neutralisator und Sauerstoffproduzenten unschlagbar. Daher gilt es, die Bäume in der Stadt zu erhalten, ganz konkret die prächtigen, noch stehenden Platanen in der Kaiserstraße. Auch Neues zu pflanzen und, wenn es horizontal nicht geht, dann eben vertikal, wie wir es in Durlach für die Neuplanung des P90 vorgeschlagen haben. Vertikale Gärten sind Elemente, um das Stadtklima positiv zu regulieren, ebenso wie die von uns vorgeschlagenen Arkaden und Sonnensegel zur Straßenbeschattung, wie die Entsiegelung von Parkplätzen mit Rasengittern und die Verbesserung des Mikroklimas durch Flächenrecycling. Wir fordern nicht nur einen Hitzenotfallplan, sondern auch die Innenverdichtung auf den Prüfstand zu stellen und auf Nachverdichtungen zu Lasten von grünen Oasen und Grünflächen zu verzichten. Die Lebensqualität der Anwohner der Innenstadtbezüge muss erhalten bleiben.

Einsparmöglichkeiten und gleichzeitig Förderung der Insektenvielfalt werden möglich durch Umstellung von saisonaler Bepflanzung auf Dauerbepflanzung durch entsprechende Stauden und Sträucher und zwar flächendeckend und stadtweit.

Klimaerwärmung und Klimawandel, nicht erst seit der „Fridays for Future Bewegung“ ist bekannt, dass wir so nicht weiter wirtschaften können, um zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Dies kann eins zu eins auf die städtischen Finanzen beziehungsweise den Haushalt übertragen werden. Ist es generationsgerecht, unseren Nachkommen jeglichen Handlungsspielraum zu nehmen und ihnen einen Berg Schulden zu hinterlassen?

Projekte wie die Kombilösung und bald die Stadthalle und das Staatstheater und die defizitären städtischen Gesellschaften belasten den Haushalt schon jetzt auf Jahrzehnte hinaus. Karlsruhe hat kein Einnahmen-, sondern ein strukturelles Ausgaben-Problem! Damit diesem Gemeinderat sein Königsrecht der Haushaltshoheit vom Regierungspräsidium nicht entzogen wird, muss nun entschlossen gegengesteuert werden!

Wir FW | FÜR Karlsruhe stehen für soziale und wirtschaftliche Verantwortung und werden entsprechende Sparvorschläge in die Haushaltsberatungen einbringen. Wir hoffen, der Karlsruher Gemeinderat hat das Rückgrat, unserer Tränenliste von unpopulären Sparmaßnahmen zu folgen. Das sind wir kommenden Generationen schuldig. Zu Zeiten von Karl Truhe war die Sparsamkeit eine Tugend, zu dieser müssen wir wieder zurück. Daher gilt es, aber auch jede Aufgabe und jedes Projekt des Gesamtkonzern Stadt zu priorisieren und auf deren Bezahlbarkeit, Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit zu hinterfragen.

Wir FW | FÜR Karlsruhe schlagen folgende Maßnahmen vor, die einerseits hart aber andererseits sozialer Ungerechtigkeit entgegenwirken:

- Die freiwilligen Leistungen unserer Stadt sind ein wichtiges Mittel, um sozialer Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Daher wollen wir nicht einzelne Leistungen gegenseitig abwägen, sondern schlagen eine pauschale Kürzung aller Leistungen um mindestens drei Prozent vor, sowie das Einfrieren auf den Stand von 2020. Doppelstrukturen müssen aufgedeckt, Potentiale zusammengelegt und die Sinnhaftigkeit sowie der tatsächliche Bedarf müssen endlich geprüft und angepasst werden.
- Der Flut der externen Gutachten muss ein Ende gesetzt werden.

- Die Investitions-Projekte der mittelfristigen Planung einfrieren und um zwei Jahre verschieben.
- Die Schwemme der Veranstaltungen ist zu reduzieren und auf Kosten/Nutzen zu hinterfragen. Dabei darf es auch kein Tabu sein, populäre Veranstaltungen wie die Schlosslichtspiele oder der Eiszeit am Schlossplatz kritisch zu prüfen. Wenn man Klimawandel ernst nimmt, muss man nach Alternativen für die Eisfläche suchen.
- Will man Energie angesichts der sich abzeichnenden Energiepreisexplosion sparen, kommen wir an einer Senkung der Wassertemperatur in den Karlsruher Bädern um 1 Grad nicht herum.
- Neuinvestitionen für Elektrofahrzeugen sollten angesichts von Millionenschäden, die städtischen Fuhrunternehmen wie in Stuttgart bei Bränden vermutlich durch Ladevorgänge entstanden nochmals auf den Prüfstand – sowohl hinsichtlich der Antriebsart wie auch der Anschaffungskosten.

Des Weiteren fordern wir die Verwaltung auf, die Bürgerinnen und Bürger in die Haushaltsberatungen einzubinden und zu Sparvorschlägen aufzurufen.

Die IHK Karlsruhe hat sich in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden gewendet. Darin ist zu lesen, dass die nunmehr angedachte Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 Prozentpunkte die durch die Coronapandemie nach wie vor stark betroffenen Betriebe zusätzlich belastet. Wir werden einer Steuererhöhung nicht zustimmen.

(Beifall bei FW|FÜR)

Vielmehr müssen wir zu einer Willkommenskultur für mehr Gewerbeansiedlung kommen. Dazu gehört es, Hürden und Auflagen zu senken und die Ausweisung von Gewerbeflächen zu erhöhen. Unternehmen, die wir hier halten können, wandern nicht ins Umland wie nach Ettlingen und Stutensee ab. Jeder Arbeitsplatz in Karlsruhe muss gesichert werden, das bringt unserer Stadt in vielfacher Hinsicht Vorteile. Einmal tut es der Umwelt gut, wenn die Pendlerströme nicht weiter zunehmen, zum anderen wandern die Steuereinnahmen in die Kassen unserer Stadt. Vergessen wir nicht, dass die Abwanderung von Bürgern unserer Stadt ins Umland in den zurückliegenden beiden Jahren einen Höchststand erreicht hat. Gründe dafür sind unter anderem die immer höher werdenden Miet- und Immobilienpreise. Eine weitere Erhöhung der Grundsteuer erachten wir daher als kontraproduktiv.

(Beifall bei FW|FÜR)

Eine große Tageszeitung in Rheinland-Pfalz gab in ihrer 237. Ausgabe dieses Jahres einem Artikel folgende Überschrift: „Geisterstraße wiederbeleben“ – Darin war zu lesen, dass sich seit Monaten die Schließungen von Einzelhandelsgeschäften in der Karlsruher Innenstadt häufen und fragt: „Wie wird die Kaiserstraße in Zukunft aussehen?“ Eine Frage, die wir uns alle hier stellen sollten. Sicher, und da stimmen wir dem Artikel zu, die Ursachen für das Einzelhandelssterben gehen weit über die Auswirkungen der Pandemie hinaus.

Die Kaiserstraße muss attraktiver werden. Der gewonnene Straßenraum, nach dem Entfernen der Straßenbahnschienen, muss neue Aufenthaltsqualität bieten. Leerstand im Einzelhandel bietet Chancen für Cafés und Biergärten. Sauberkeit und Sicherheit müssen einhergehen mit einem Verkehrsleitkonzept, das Fußgänger schützt und Radfahrer sicher leitet, ohne den Auto-

verkehr vollständig auszusperren.

Man sagt, Konsumenten entscheiden mit den Füßen. Wenn das stimmt, dann müssen wir Wege finden, die Erbprinzenstraße im Bereich zwischen Herren- und Waldstraße und rund um den Ludwigsplatz von jeglichem Verkehr - auch dem Radverkehr, zu befreien.

Bevor ich meine Rede beende, möchte ich noch ein letztes Mal zu unserem Karl Truhe zurückblicken. Er arbeitete redlich und ließ sich nicht den Mund verbieten. Er redete, wie „ihm der Schnabel gewachsen war“, egal, ob die Herren und Damen der Stadt Französisch oder Badisch sprachen. Ich habe mir am Karl ein Beispiel genommen und meine erste und letzte Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender der Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Gemeinderatsfraktion daher nicht mit Sternen gegendert. Ich bin der festen Auffassung, Sprache ist eine Form des Ausdrucks. Sie wandelt sich von Generation zu Generation und manchmal muss die künftige Rede-weise die Entgleisung der vorhergegangenen wieder korrigieren.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich übergebe den Fraktionsvorsitz zum Jahreswechsel an meinen sehr geschätzten Ratskollegen Friedemann Kalmbach. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die Arbeit und Leistungen, die erbracht wurden. Ich danke Ihnen, auch wenn manche Diskussion nicht so verlaufen ist, wie es der Bürger erwartet hat. Danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Friedemann Kalmbach das Beste als unser zukünftiger Vorsitzender unserer Fraktion.

(Beifall bei FW|FÜR)

Der Vorsitzende: Damit sind wir am Ende der Haushaltsreden der Fraktionen angekommen. Ich darf mich insgesamt noch einmal für die hohe Aufmerksamkeit und Disziplin und natürlich auch die Mühe, die hinter jeder dieser Reden steckt, bedanken.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. November 2021